

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pro Monat. Einzeln in der Post-Verkaufsstelle für 1893 unter Nr. 6705.

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher Redakteur: Ant. L. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 7. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zur Prachtung!

Um über den Ausfall der Reichstagswahl unsere Freunde sofort unterrichten zu können, bitten wir die Wahlkomitees unserer Partei, oder wo solche nicht bestehen, die für die Wahlkreise eingesetzten Vertrauenspersonen, uns das Ergebnis der Reichstagswahl ihres Kreises sofort, noch am Abend des Wahltages, und wo das unmöglich, sofort nach dem Bekanntwerden, telegraphisch und zwar als „dringend“ mitzuteilen. Das Telegramm muß wie folgt adressiert werden:

Dringend Sozialdemokrat Berlin

Das als „dringlich“ aufgegebenes Telegramm wird als bevorzugtes befördert und kostet deshalb das Dreifache der gewöhnlichen Tage. Die Kosten werden auf Wunsch zurück erstattet.

Reaktionäre Pläne.

Die Militärvorlage steht im Vordergrund der Wahlbewegung, aber darüber darf man nicht vergessen, daß die Abstimmung am 15. Juni nicht bloß über Annahme oder Ablehnung des vom Herrn von Bülow über die Tausch gehaltenen militärisch-gouvernementalen Wechselbalges entscheidet, daß vielmehr Kandidaten, die sich jetzt um ein Reichstagsmandat bewerben, auf fünf Jahre das Recht der Mitentscheidung in allen wichtigsten Lebensfragen des Volkes in die Hand bekommen. Und da muß man ihnen hübsch auf die Finger sehen, ob daran nicht Flecken haften von früheren volkseindlichen Unthaten. Im Vertrauen auf ein kurzes Erinnerungsvermögen des Bruder Bauer und Handwerker suchen die Reaktionäre aller Schattierungen mit süßlichem Grinsen sich ihm einzuschmeicheln als wahrhaftige Volksfreunde, denen es bei der Mandatsbewerbung nur ankommt auf die angeblich notwendige Sicherstellung des Vaterlandes. Aber durchblättert man das Verzeichnis ihrer bisherigen Thaten, ein wahres Sündenregister, da stößt man auf Beeinträchtigung der Volksrechte und Verletzung des Volkswohls, wozu man blickt. Unerhörte Steuerbelastungen durch Büllo auf die unentbehrlichsten Lebensmittel hat uns schon die Aera Bismarck gebracht, seitdem die Sozialistenanstalt einen reaktionären Reichstag im Jahre 1878 jenen Erzjunker zur Verfügung gestellt hatte. Die nämliche Erfahrung wiederholte sich 1887, als die Fälschungswahlen dem Kartell der reaktionären Parteien die Mehrheit verschafften.

Sofort haben die Landjunker, als innerhalb des Kartells die Ausschlag gebende Interessengruppe, sich mit Beihilfe der in Wirtschaftsfragen nicht minder reaktionären Zentrumsleute durch eine Erhöhung der Kornzölle von 3/4 M. auf

5 M. für den Doppelzentner die Taschen gefüllt und nicht minder im eigenen Interesse haben sie jeder Reform der Braunkohlensteuer Widerstand geleistet, durch welche, wie männiglich bekannt, auf Grund der gegenwärtigen Erhebungsmethode den schnapsbrennenden Großgrundbesitzern eine Liebesgabe von 42 160 000 Mark jährlich zufließt, während auf ähnliche Weise durch das System der Ausführvergütungen die Zuckerraffinerie ein direktes Staatsgeschenk von 12 Millionen Mark jährlich ergattert. Das sind, wie gesagt, unmittelbare Geschenke aus dem Staatsäckel, unberechnet dabei ist der indirekte Verdienst, der allen Großproduzenten aus den Zöllen auf Verbrauchsartikel erwächst. Man muß die Brotvertheuerung für das deutsche Volk jährlich auf 460 Millionen Mark veranschlagen; aber nur 110 Millionen davon fließen in die Staatskasse, durch den Rest von 350 Millionen bereichert sich der landwirtschaftliche Großbetrieb.

Nicht genug mit dem System persönlicher Bereicherung ist dann auch an die Einschränkung der Volksrechte gegangen worden. Dem allgemeinen Wahlrecht hat man zwar nicht sofort den Sarau zu machen gewagt; man hat es aber einzuschränken verüht, indem die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre hinaufgesetzt wurde, in richtiger Voraussehung, daß, je weniger häufig gewählt wird, um so leichter der Zusammenhang zwischen Volk und Volksvertretung gelockert werde und der Einfluß des letzteren auf die letztere schwinde. Der schöne Plan hat insofern zunächst keine Früchte getragen, als gleich der erste auf fünf Jahre gewählte Reichstag durch den Drang der Umstände gerade am Tage seines dreijährigen Bestehens zur Auflösung gebracht wurde. Aber die gesetzliche Bestimmung besteht doch nach wie vor und kann noch Unheil genug stiften, wenn ein neuer reaktionärer Reichstag aus der Wahlurne hervorgehen und sich mit der Regierung zu löblichem Thun zusammenschließen sollte.

Das sind Werkzeuge genug, die das Volk abhalten sollten, sich ins Schlepptau der reaktionären Parteien zu begeben, und unsere Genossen thun gut, stets auf diese Werkzeuge hinzuweisen, wo sie nur Gelegenheit haben, mit Andersdenkenden die brennende Frage der Reichstagswahl zu erörtern.

Aber es fehlt auch keineswegs an Anzeichen kommender schlimmerer Reaktionsmaßregeln für den Fall eines Sieges der reaktionären Parteien.

Es giebt genug Leute in Deutschland, die eine rückwärts gerichtete, jedwede Volksrechte unterdrückende Gewaltthätigkeit herbeiwünschen und die als geeignetem Mann zu deren Durchführung schufachtig nach dem Schöpfer und Handhaber aller bisherigen Ausnahmegeretze schielen, der jetzt bitter grollend seine Tage im Sachsewalde verfröht. So ein feines Fädchen, das gesponnen wurde, ihn wieder in den Vordergrund zu ziehen, gelang es uns selbst noch rechtzeitig zu zerreißen. Wie viele mögen aber noch unsichtbar geblieben sein! Wir müssen uns in diesen Zeitläufen auf alles gefaßt machen. Und ist's nicht der alte Blut- und

Eisenmann, so ist's vielleicht ein neuer, der die Bügel des Reaktionskarrens in die Hand bekommt.

Bald hier, bald dort wird von einer neuen Einschränkung oder gar Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts gemurmelt und gerannt. Offen wagen sich zwar nur wenige mit solchen Vorschlägen hervor, aber im Geheimen wären sie alle damit einverstanden, denen das Anwachsen der Sozialdemokratie ein stilles Grauen veruracht: das ganze Junkerthum und die Bourgeoisie bis weit in die Reihen des Liberalismus hinein. Unvergessen soll bleiben der Vorschlag, die Großindustriellen möchten sich durch eine freiwillige Steuer zur Aufbringung der erhöhten Militärkosten ein Anrecht auf einen besonderen Antheil an den Staatsangelegenheiten erkaufen, ein Vorrecht, welches den „Reichen und Starken“ gebühre. Der schöne Plan würde zwar, wenn an nichts anderem, schon an der Knauerigkeit jener Reichen und Starken scheitern. Aber ein Zeichen der Zeit bleibt, daß er überhaupt ausgeheckt wurde. Neuerdings ist dann, wie auch von uns erwähnt wurde, bekannt geworden, daß ein strebsamer Mann unter „loyalen“ Bürgern eine Petition an den Kaiser in Umlauf gesetzt hat, in welcher allerunterthänigst um die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts gebeten wird.

Im Zusammenhange mit diesen elenden Umtrieben steht es wohl, daß die „Grenzboten“, ein für allerhand reaktionäre Hochschafsten im bismarckischen Geiste eintretendes Wochenblatt, mit dem Vorschlag an's Licht gekommen sind, eine Interessenvertretung zu schaffen, die zunächst dem Reichstag zur Seite gestellt werden, später vielleicht ihr beiseite zu stellen soll. Die Sehnsucht unserer Reaktionäre nach dem Kastengeiste erfüllten Ständesorganisationen des Mittelalters ist unaussprechlich und hat wenigstens schon eine Frucht getragen, die Wiederbelebung der Zünfte. Auch davon ist schon wiederholt gefaselt worden, daß man dem Reichstag die Form einer Interessenvertretung geben möchte, so daß also anstatt der Bevölkerung örtlich abgesonderter Wahlkreise bestimmte organisierte Interessentengruppen die Abgeordneten zu wählen hätten. Die „Grenzboten“ verhehlen sich nun nicht, daß ein solches Vorhaben gegenwärtig an der Entkräftung des Volkes scheitern würde, und sind deshalb auf den schlauen Gedanken gerathen, die Reaktionsmaschine so ganz harmlos und hinterücks einzuführen. Es sollen nämlich die ganz in kapitalistischen Händen befindlichen Berufsvereinigungen aufgefördert werden, Vertreter zum Bundesrath zu entsenden. Der „großer Bundesrath“ hätten sie dann mit den Vertretern der Staaten über alle wirtschaftlichen Fragen zu entscheiden, während der „kleine“ Bundesrath wie bisher seine übrigen Funktionen allein verricht. Bewährte sich die Einrichtung — und die „Grenzboten“ sind natürlich davon überzeugt — so könnte schließlich dieser erweiterte Bundesrath an stelle des Reichstages treten.

Das käme also auf die völlige Ueberantwortung der gesammten Reichsangelegenheiten an die mit der Bureau-

Feuilleton.

Abdruck verboten.

130

Vom Stamm gerissen.

Von Elise Schweichel.

Das war eine der vielen Personen, die im Saale über das ungeliebte Ereignis auf Trüben umliefen und die zu dem Interesse an dem Schicksal des Angeklagten noch den Reiz eines von ihm ruhmreich bestandenen Abenteurers fügte. Man hatte kein gedichtetes, sondern ein wirkliches Drama vor sich und war auf dessen Abschluß im höchsten Grade gespannt.

Dettinger verteidigte sich selbst. Beim Beginn der langen Rede des Staatsanwalts war die verschleierte Dame von Tuffy und Herrn Stern hinausgelaufen worden; als der Angeklagte aber das Wort ergriff, erschienen die Drei wieder, nahmen jedoch in der Nähe der Thür, wo er sie nicht sehen konnte Platz. Dettingers Rede war ein Meisterstück an Kraft und Klarheit der Sprache, umfassender Rechtskenntnis und scharfsinniger Widerlegung der gegen ihn erhobenen Anklage. Mit den glücklichsten Zitate und Beispielen aus der Geschichte belegt, bildete seine Vertheidigung eins der interessantesten Aktenstücke der sozialen Bewegung unserer Zeit.

Lautlose Stille herrschte in der Versammlung, über welche sich das weiche Abendlicht des langen nordischen Sommertages zu breiten begann. Die vor Aufregung bloßen Züge des Redners sahen in demselben wie verklärt

aus, als er sich jetzt an die Geschworenen wandte und sie warnte, bei ihrem Spruch sich von Vorurtheilen und Parteileidenschaft leiten zu lassen. Er wolle sie nicht durch die Annahme beleidigen, sie könnten ihrem Schwur untreu werden und wider Pflicht und Gewissen statt auf Grund des vorliegenden Beweismaterials ihr Verdikt abgeben; allein das Gewissen sei, wie schon Owen gesagt, ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen wir lebten, und es sei äußerst schwierig, auch für den Gewissenhaftesten, sich dem Einfluß dieser Verhältnisse zu entziehen. Nicht über Handlungen haben Sie Ihr Verdikt abzugeben,“ so schloß er, „denn ich bin keiner Handlungen angeklagt — Sie haben Ihr Verdikt darüber abzugeben, ob es Recht oder Unrecht ist, einen Mann wegen seiner Meinungen und Grundsätze zu verfolgen, ob die Partei, welche ich verrete, außer Gesetz gestellt werden soll oder nicht, ob Sie die friedliche Lösung der sozialen Frage und statt des Kampfes die Verschönerung wollen. Wie auch Ihr Verdikt ausfallen möge — meine Ueberzeugung wird es nicht ändern. Sie können mich auf Jahre in den Kerker schicken, die Ideen, die ich verrete, bleiben davon unberührt. Es giebt für mich nur einen Weg: den der Pflicht, nur ein Banner: das Banner der Gerechtigkeit und des Menschenthums.“

Der Eindruck der Rede war ein mächtiger, selbst der Gerichtshof konnte sich demselben nicht entziehen. Durch das Publikum ging ein Murmel, welches wie das erste Aufwachen des Meeres nach lang anhaltender Windstille klang. Der Präsident mußte zur Ruhe mahnen. Jetzt zogen sich die Geschworenen in das Berathungszimmer zurück. Wie Blei lag es auf der Versammlung, bis sie in dem mittlerweile erleuchteten Saal wieder erschienen. Der Wahrspruch lautete auf „Schuldig“. Als der Obmann ihn verkündigte,

ertönte ein leiser Schrei im Saale und dann entstand ein Geräusch von scharrenden Füßen, als ob mehrere Personen etwas hinausträgen.

Dettinger war todtbleich geworden, nicht sowohl wegen des Spruches der Geschworenen, welchen er kaum anders erwartet hatte, als wegen des Aufschreis, von dem er wußte, daß er von Valeska kam. Nur an sie dachte er. Er hörte kaum noch auf das Urtheil, welches der Präsident verkündete und welches auf zwei Jahre Gefängnis lautete. Wie ein dichter Nebel legte es sich auf seine Sinne, aber er bewahrte seine feste männliche Haltung, und als er gefragt wurde, ob er noch etwas zu sagen hätte, verbengte er sich stumm und schritt dem Ausgange zu.

Valeska wurde in bewußtlosem Zustande nach Hause gebracht.

In den Wochen, welche die Voruntersuchung in Anspruch genommen, hatte sie nur selten das Bett verlassen können. Ein verzehrendes Fieber sog ihr die Kräfte aus. Umsonst kämpfte ihr starker Geist gegen die zunehmende Schwäche des Körpers — umsonst fachte die Hoffnung auf Dettingers Freisprechung die Lebensflamme von Zeit zu Zeit wieder an, so daß sich die Kranke zuweilen erheben konnte und eine scheinbare Besserung in ihrem Zustande eintrat. Sie wollte dennoch unaufhaltjam dem Grabe entgehen.

Zwei der geschicktesten Aerzte der Stadt standen rathlos und die Ohnmacht ihrer Kunst bejammern an diesem Krankenlager.

Den mehrtägigen Verhandlungen des Prozesses beiwohnen, war für Valeska, so sehr sie danach gestrebt, ein Ding der Unmöglichkeit. Der Vater mußte ihr jeden Abend berichten, und sie sah seiner Rückkehr stets mit heißer Ungebuld entgegen. Ihr Zustand verschlimmerte sich dadurch zusehends,

Parteigenossen!

Publikum nicht den Werth der mündlichen und brieflichen Propaganda unter Euren Verwandten, Freunden und Bekannten.

In wenigen Tagen wird gewählt. Agitirt unablässig, damit unserer Partei möglichst keine Stimme verloren geht. Verbreitung von Druckschriften und der sonstigen Agitation unterm

reiche Artikel über unser Programm veröffentlicht, in zahllosen Exemplaren wurde dasselbe verbreitet, überall wurden die prinzipiellen Gesichtspunkte hervorgehoben. Deshalb wird diese Wahlbewegung uns nicht nur bedeutend mehr Stimmen und Siege bringen als je vorher, sondern sie wird auch für die Verbreitung und Vertiefung unserer Grundsätze im deutschen Volke außerordentliches bedeuten.

tratie veroppelte Kapitalistenklasse hinaus. Ganz im Geiste der kapitalistischen Entwicklung geplant, aber doch ohne Rechnung des Volkes! Immerhin Dank dem reaktionären Blatt für diese Enthüllung! Das Volk weiß, was es zu erwarten hat, wenn es in Nachlässigkeit oder Blindheit Leuten dieses Schlages auch nur vorübergehend die Vertretung der Volksinteressen überantwortet.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. Juni.

Der Triumphzug der Sozialdemokratie. Alle Berichte unserer „Agitatoren“ stimmen darin überein, daß eine solche Begeisterung, eine solche Siegesgewißheit unter den Genossen — eine solche Sympathie für uns in der breiten Masse der Wählerschaft — eine solche Niedergeschlagenheit der Gegner sich bei keiner früheren Wahl gezeigt hat. „Alle Versammlungen überfüllt, eine wahre Völkerwanderung, wo einer von uns spricht — kurz, meine Reise ist ein wahrer Triumphzug“ — schreibt ein Genosse, — „und dasselbe kann jeder meiner Mit-Agitatoren sagen. Es ist die Sozialdemokratie, die ihren Triumphzug durch Deutschland hält.“

Arme Spar-Agnes, verhälle dein Haupt, und unglücklicher Bachem, schaffe deine Leiche rechtzeitig aus dem Weg, damit wir nicht genötigt sind, dir auf den Fuß zu treten. Denn wir sind nicht so bössartig, dich beim Wort nehmen und „über deine Leiche hinweg marschieren“ zu wollen. —

Material gegen die Militärvorlage. Die „Münchener Post“ veröffentlicht folgende, das Wohlleben in den Ferienkolonien schrecklich beleuchtende Anfrage:

Da nach ärztlichen Gerüchten beim Infanterie-Regiment zur Zeit 400 bis 500 Kranke sind, die an typhusähnlichen Symptomen stark fiebernd darniederliegen, ist die Anfrage wohl gestattet, was nach ärztlichem Gutachten die Ursache dieser bedrückenden Erscheinung ist. Wie verlautet, wurde anfänglich angenommen, daß die Krankheit mit der Influenza identisch sei, doch haben Nachforschungen ergeben, daß diese Annahme ein Irrthum war und man es hier mit einer ganz neuen Krankheitserscheinung zu thun hat. Auffallend ist nun, daß das Eranken der Leib-Regiments-Soldaten mit einem dort vorgenommenen Mannschaften-Ernährungs-Experiment zusammenfällt. Nach gestern erfolgtem ist dies Regiment bereits da angekommen, daß es die üblichen Nachmittagsstunden nicht mehr stellen kann und man sich mit dem Plane befaßt, Barackenlager zu beziehen. Ein weiteres merkwürdiges Moment ist, daß die Unteroffiziere derselben Abtheilungen, welche ihre früher übliche Menage beziehen, nicht erkrankt sind, und nach allgemeiner Annahme der schlimmsten Gesundheitszustand genannten Regiments lediglich Folge der dort eingeführten Ernährungsweise ist. Für eine gesunde Ernährung für die Speisekammer bezogen, das Futter sein, das, wie Thatsachen beweisen, die Mannschaften, welche doch sicher nicht als Experimentobjekte verwendet werden dürfen, zu Grunde richtet. —

Natürlich keine Reichseinkommensteuer. Die „Militär-Politische Korrespondenz“, der man Beziehungen zum Reichskanzleramt nachsagt, schreibt:

Es ist behauptet worden, die verbündeten Regierungen resp. einige derselben oder der Reichskanzler interessirten sich für das Problem einer Reichseinkommensteuer. Insbesondere hat man dies auch aus verschiedenen Wählreden von Kandidaten der freisinnigen Vereinigung schließen wollen. In wirklich unterrichteten Kreisen werden solche Schlussfolgerungen als gänzlich unberechtigt bezeichnet, von den verbündeten Regierungen denkt keine daran, eine solche Steuer anzulegen, und was den Reichskanzler betrifft, so gilt von ihm das nämliche.

Uns trifft dieses Dementi nicht, denn wir waren stets überzeugt, daß die besitzenden Klassen wohl für die Militärforderungen zu stimmen bereit sein werden, daß sie sich

aber nimmermehr entschließen werden, den ihnen gebührenden Theil der Lasten auf sich zu nehmen. Dafür ist das dumme, verachtete Volk gerade gut genug. —

Ämtliche Wahlbeeinflussungen. Die königliche Eisenbahndirektion in Breslau hat es gewagt, die folgende Verfügung zu erlassen:

Bei der hervorragenden Bedeutung der bevorstehenden Wahlen zum Reichstage muß von jedem im Dienste der Staatsbahnverwaltung stehenden Beamten und Arbeiter erwartet werden, daß er, eingedenk der ihm aus diesem Verhältnisse erwachsenden besonderen Pflichten durch Theilnahme an der Wahl sein Bestreben für die Bedeutung derselben bekunden wird. Es wird daher jedem Beamten und Arbeiter des diesseitigen Direktionsbezirks, den Arbeitern ohne Kürzung ihres Lohnes, Gelegenheiten geboten werden, sich an den am 15. Juni d. J. stattfindenden Wahlen als auch an den etwaigen späteren Stichwahlen zu betheiligen.

Es ist klar, daß nicht auf die doch vor allem bei einer Staatsbehörde selbstverständliche Zustimmung, daß die Angestellten Zeit zur Ausübung des Wahlrechts haben sollen, das Hauptgewicht zu legen ist, sondern auf die angeleglichen besonderen Pflichten, die den Eisenbahnbeamten bei der Wahl erwachsen sollen. Dieser Hinweis auf besondere Pflichten ist nichts anderes, als die Ausnutzung des Arbeitgeber-Verhältnisses der „Musterbetriebe“ zu Wahlzwecken. Solche „besondere Pflichten“ giebt es nicht, der Staatsarbeiter hat ebenfalls das volle Recht und die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, nach seiner Ueberzeugung, und nur nach dieser, zu wählen. Besondere Pflicht der Behörden wäre es im Gegentheil, sich dessen bemüht zu sein und nicht gegen den Geist des Reichstags-Wahlrechts zu sündigen. —

Die Arbeiten des neuen Reichstags. Aus Berlin schreibt man der „Magdeburgischen Zeitung“:

Aus bestunterrichteten Kreisen erfahren wir, daß die Reichsregierung fest entschlossen ist, dem neuen Reichstage in der bevorstehenden Session lediglich die Militärvorlage zu unterbreiten. Damit entfallen alle übrigen gegenseitigen Angaben. Es behält sich ferner, daß auch die Regierung lediglich mit einer Sessionsdauer von längstens vier Wochen rechnet. Finanz- und Steuerfragen bleiben bei den bevorstehenden Beratungen seitens der Regierungen unberührt.

Die Dispositionen des Reichstages hängen nicht von dem General-Reichskanzler allein ab. Ihm mag es wohl passen, die Militärvorlage zur Annahme zu bringen und sich über die Deckung der Kosten auszusprechen. Das deutsche Volk aber, das seiner überwiegenden Mehrheit nach gegen die Militärvorlage ist, und zwar nicht bloß deshalb, weil es das weitere Anwachsen des Militarismus nicht mehr dulden will, sondern auch weil es neue Lasten nicht mehr tragen kann, dieses deutsche Volk wird sich eine so „staatsmännische“ Behandlung seiner Lebensfragen nicht gefallen lassen. Graf Caprivi wird trotz der bevorstehenden Ferien- und Badefaison der abgespannten Bourgeoisie über seine Finanzpläne gründlich Rechenschaft ablegen müssen. —

Die „Magdeburgische Zeitung“ marschirt neben dem „Leipziger Tageblatt“ an der Spitze der verlogenen Prehmeute, welche der Sozialdemokratie zum Wohlgefallen der Bourgeoisie in die Baden Kreise soll. In ihrer letzten Nummer findet sich neben anderen saftigen Verleumdungen und Denunziationen auch die folgende:

„Die Sozialdemokratie hat wohlweislich für den Wahlkampf ihr sozialistisches Programm in den Silberschrank verschlossen und spielt sich nur als die Partei auf, die am ehesten denken darf eintritt, daß die „Steuern“ nicht vermehrt werden.“

Wie unrichtig dies ist, weiß jeder, der in den letzten Wochen die Presse und die Agitation unserer Partei genau verfolgt hat. Noch nie wurden in so kurzer Zeit so zahl-

reiche Artikel über unser Programm veröffentlicht, in zahllosen Exemplaren wurde dasselbe verbreitet, überall wurden die prinzipiellen Gesichtspunkte hervorgehoben. Deshalb wird diese Wahlbewegung uns nicht nur bedeutend mehr Stimmen und Siege bringen als je vorher, sondern sie wird auch für die Verbreitung und Vertiefung unserer Grundsätze im deutschen Volke außerordentliches bedeuten.

Armer Bachem! Die im Verlage der Familie Bachem erscheinende „Kölnische Volks-Zeitung“ gesteht in einem Leitartikel die vollständige Ergebnislosigkeit der bisherigen Bekämpfung der Sozialdemokratie und damit auch der bekannten Bleichschmiedarbeit ein. Das Blatt schreibt:

Wir versprechen uns auch nur bescheidene Erfolge von der Art, wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie heute meist betrieben wird. Zeitungsartikel und Vorträge ohne Zahl und Ende, in denen die Führer der Sozialdemokratie auf das schärfste angegriffen werden oder mit vielen Zitaten die Verwerflichkeit der sozialdemokratischen Lehren nachgewiesen wird, nützen im Grunde wenig. Zumal wenn sie, wie es leider nur zu oft der Fall ist, sich arge Blößen und den Sozialdemokraten Gelegenheit geben, den Spieß umzukehren, schaden sie mehr, als sie nützen. Man muß den Glauben, daß von der religiös-sittlichen Seite der Sozialdemokratie allein beizukommen sei, ebenso aufgeben wie den, daß sie mit Gewalt zu unterdrücken sei. Die Sozialdemokratie ist zwar nicht bloß eine wirtschaftliche und soziale Partei; aber aus den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen schöpft sie ihre Kraft. Nicht weil sie keine Religion mehr haben, laufen den Sozialdemokraten Arbeiter, Handwerker, Bauern zu, sondern weil sie mit ihrer materiellen Lage unzufrieden sind. Darum ist es so wesentlich, die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern.

Das hat ja auch das Zentrum stets anerkannt; es schied sich jetzt auch an, die soziale Reform noch mehr als bisher in den Vordergrund seiner Thätigkeit zu stellen. . . .

Das Versprechen eifriger Thätigkeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik wird dem Zentrum niemand glauben, der nach dessen Reden und Abstimmungen gelegentlich der Beratungen des Arbeiter-Schutz-Gesetzes in Erinnerung hat. Damals hätte das Zentrum auf dem Gebiete der Sozialpolitik durch das Gewicht seiner Stimmenzahl etwas leisten können. Es hat dies unterlassen und den Herrn Gutschloß, Hartmann, Stumm und Konforten treueste Gefolgschaft geleistet. Damals hätte der Bundesrath kaum den Muth gehabt, auch ein weitgehendes Arbeiterschutz-Gesetz abzulehnen. Bringen die Dieber und Bachem jetzt sozialpolitische Entwürfe ein, so wird niemand an ihre ernsthaften Absichten glauben. —

Vor den Wahlen erinnern sich selbst die medlenburgischen Junker ihrer Sünden und versprechen Besserung, um dadurch beim Volke Stimmen zu erhaschen. Der geschäftsführende Ausschuss des konservativen Landesvereins in Mecklenburg-Schwerin gedenkt pöbellich der schweren Wilschäden in Mecklenburg, die eine wahre Plage für die Bauern sind. Es wird deshalb von dem Ausschuss in einer in der „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichten Petition an den Großherzog ein Gesetz verlangt, welches einen Rechtsanspruch auf Schadenersatz und ein rechtlich geordnetes Verfahren zur Feststellung empfiehlt. Also geschähen am 26. Mai. Haben die Konservativen aber erst ihre Mandate wieder gesichert, so schläft natürlich die Sache auch alsbald wieder ein, denn die Junker haben in der Wilschadenfrage das entgegengesetzte Interesse wie die Bauern. —

Eine Reform der Militär-Strafprozessordnung nach modernen Grundsätzen wird geplant, aber natürlich nicht in Deutschen Reich sondern bloß in — Oesterreich-Ungarn. —

Wirkungen der Dresdener Sanitätskonferenz. Das amtliche Organ der österreichischen Regierung, die „Wiener

in den Nächten phantasierte sie. Den Tag der Entscheidung aber wollte sie miterleben. Sie wollte, sie mußte den Triumph des Geliebten theilen, denn ob freigesprochen oder verurtheilt, er blieb für sie der Triumphirende. Als der Tag herankam, raffte sie mit der Willenskraft, die ihr zu Gebote stand, ihre Kräfte zusammen, ließ sich von Tussy ankleiden und von dem Vater die Treppe hinab in eine Droschke tragen. Vor dem Gerichtsgebäude angekommen, that sie sich, um kein Aufsehen zu erregen, soweit Gewalt an, um selbst auszustiegen, und, auf die Thür genügt, in den Saal zu gehen. Den Schleier aber schlug sie nicht zurück. Dettinger durfte die Zerstörung in ihren Zügen nicht wahrnehmen, denn er brauchte heute alle seine geistigen Fähigkeiten. Der Schritt Baleska's war ein gefährliches Experiment, welches ihren Tod unmittelbar zur Folge haben konnte; aber mer hätte es vermocht, sie davon abzuhalten, das letzte bittere Glück zu kosten, sie, die dem Tode doch geweiht war? Selbst die Ärzte wendeten nichts dagegen ein.

In der Nacht steigerten sich die Fieberphantasien. Sie sah den Geliebten mit gefesselten Händen, wie auf jenem Transport von Neukirch auf das Bezirksgericht, Männer umringten ihn und einer schlug mit Hacke und Spaten auf ihn ein, und sie mühte sich, ihn zurückzureißen, um den Geliebten mit ihrem Leibe zu bedecken. Dann sah sie ihn wieder im Gefängnis, in einer feuchten, dumpfen Höhle, abgemagert und blaß, und man wollte sie nicht zu ihm lassen, sie streckte jammernd die Arme nach ihm aus und rief seinen Namen in herzzerreißenden Tönen. Dazwischen sprach sie von der Hochzeit und wie sie geschmückt sein wollte, und nannte die Brautjungfern, die sie sich erkoren. Tussy lag, von Fieberchauern geschüttelt, vor dem Bett der Schwester auf den Knien, die alte Regine suchte beide zu beruhigen. Herr Stern sah zusammengelauret bald in diesem, bald in jenem Winkel, schenke Blicke auf die Kranke werfend, oder schritt im Nebenimmer schwerfällig auf und ab. So verging die kurze Sommernacht.

Auf dem Wege aus dem Sitzungssaal war Dettinger von einem der Bediensteten ein Bettel zugestekt worden. Als er ihn in seiner Zelle auseinander schlug, erkannte er

Tussy's Schriftzüge. „Fordern Sie, daß Sie Ihre Braut noch einmal sehen dürfen. Es hat die höchste Eile“ — stand mit Bleistift darauf. In halbem Wahlsinn schritt er in seiner Zelle hin und her. Heute war nichts mehr zu thun, der Gefängniswärter aber, welcher ihn während seiner Untersuchungshaft lieb gewonnen, wie ihn jeder aus dem Volk, der ihm nahe trat, lieb gewann, versprach ihm, gleich morgen früh sein Besuch beim Gefängnisinspektor vorzubringen. Es war ihm schon mehrmals abgeschlagen worden, aber jetzt konnten sie es ihm nicht weigern, bevor er die Strafkast antrat, die Seinigen noch einmal zu sehen. Wird doch dem zum Tode verurtheilten gemeinen Verbrecher eine letzte Bitte gewährt. So durfte er, von zwei Schutzleuten begleitet, in einer Droschke nach dem Hause am Wasser fahren.

Gegen zehn Uhr hielt die Droschke vor der Thür. Mit drei, vier Springen war Dettinger oben. So leicht sein Schritt gewesen, Tussy hatte ihn erkannt und trat ihm auf dem Flur entgegen. Unwillkürlich schloß er das bleiche Kind in die Arme.

„Wie steht es, Tussy, um Gotteswillen,“ hauchte er. „Schlecht, armer Kurt. Sie werden sie sehr verändert finden. Fassen Sie sich.“

O Gott, war das Baleska, das lebensvolle, schöne Wesen, welches dort wachbleich, mit eingesunkenen Augen und bläulichen Lippen auf dem Bette lag? Laut aufweinend stürzte er neben der Geliebten auf die Knie und barg sein Gesicht in ihren Haaren.

Sie hatte ihn anfangs nicht erkannt. Dann aber kam ein seliges Lächeln in die schon todesstarrten Züge und, ihre Wange an die seine schmiegend, streichelte sie ihm das Lockenhaar.

„Ich kenne Dich, Du bist mein Kurt. Ich bin noch nicht so krank. Jetzt bleibst Du bei mir. Wir trennen uns nicht mehr, nicht wahr? Ich singe Dir auch schöne Lieder vor, weißt Du, das von der Liebestreu, das Du immer so gern hörtest — besonders den Schluß. Was ist es doch?“ — und sich mit der letzten Kraft ein wenig aufrichtend, sang sie mit erlöschender Stimme:

O Mutter, und splittert der Fels auch im Sturm, Meine Treue, sie hält ihn aus —

Sie hatte die letzten Worte nur geflüstert — sie sank zurück — vom Arm des Geliebten umfangen, hauchte sie nach kurzem Kampfe sanft ihr Leben aus.

Ziehen wir einen Schleier über das, was folgte.

An dem Tage, an welchem man der Erde eines ihrer schönsten Gebilde zurückgab, wurde Dettinger nach der Festung Löben abgeführt.

Baleska's irdische Hülle lag in Blumen gebettet, ihr Sarg war ganz davon bedeckt. Eine Myrthenkrone, mit weißen Rosen durchflochten, prangte zu Häupten desselben. Ihre Schülerinnen aus M. hatten sie gesendet.

IX.

Es sind vier Jahre verflossen. Der Genesersee blaut unter einer warmen Märzsonne. Sie hat die Eismäntel der Savoyer und Waadtländer Alpen schon tüchtig ausgekostet, und immer höher kommt das sammtne Grün des Unterleibes zum Vorschein, das deren Fuß in weichen Falten umwallt.

Auch im Wallon bei Lausanne, einer tiefen, schmalen Einsattelung des Mont Jorat, auf dem die Stadt gebaut ist, schimmern die Felswände bereits im Frühlingsgrün der Birke und Haselstauden, obgleich die Vegetation hier immer ein wenig zurück ist. Die Sonne dringt in diese Erdfalte nicht so leicht hinein, und diesem Umstande verdankt das Thal, das der klare Flon in lustigen Springen durchzieht, außer einer Mühle, das einzige Etablissement, welches es mit dem städtischen Leben verknüpft. Die kühlen Felswände verlockten zum Anlegen einer Brauerei, und wer den schmalen, zwischen Garten- und Weinbergsmauern führenden Fußpfad von der Stadt herkommt, ist erstaunt, in dieser weltverlorenen Einsamkeit plötzlich auf einen Komplex stattlicher Gebäude zu stoßen. Ein wenig abseits davon, von einem Garten umgeben, steht das fremdbliche Wohnhaus der Brauerfamilie. Hier hat sich vor etwa einem Jahre ein junger Deutscher eingemietet, der ein sehr stilles, eingezogenes Leben

Zeitung", veröffentlicht eine Ministerialverordnung betreffend die Aufhebung der Ein- und Durchfuhrverbote für bestimmte Waaren aus Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Rumänien sowie die Beschränkung dieser Verbote gegenüber Rußland.

Die Neuwahlen in Frankreich sollen nach Zeitungsmeldungen aus Paris am 20. August stattfinden.

Von der Homerule-Berathung. Bei der fortgesetzten Berathung des dritten Paragraphen der Homerule-Bill stellte Tomlinson ein Amendement, durch welches die Rechte von Personen, die in Irland nicht domizilirt sind, der irischen Legislatur entzogen werden sollten. Das Amendement wurde nach längerer Debatte mit 251 gegen 214 Stimmen verworfen.

Nach mehrstündiger Debatte wurde mit 291 gegen 255 Stimmen das von Gerald Balfour eingebrachte Amendement abgelehnt, nach welchem die Ernennung von Richtern und Beförderern von den Befugnissen der irischen Legislatur ausgeschlossen werden sollte. Die Regierung hatte das Amendement bekämpft.

Die Aussichten des allgemeinen Wahlrechts in Norwegen. Aus Christiania wird telegraphirt:

Der Bericht des Konstitutions-Ausschusses enthält zur Stimmrechtsfrage folgende Hauptvorschläge: Die Liberalen des Ausschusses stimmen prinzipiell für allgemeines Stimmrecht, ezentuell für sämtliche Vermittlungsvorschläge. Drei Mitglieder sind für sofortige Gewährung des allgemeinen Stimmrechts an Frauen, Engelhardt und Michelsen sind dafür, daß den Frauen das Stimmrecht nach den jetzt für Männer geltenden Bestimmungen gewährt wird. Die Mitglieder der Rechten und Freisinnigen stimmen gegen jede Erweiterung des Stimmrechts.

Präsident Cleveland hatte nach einer Meldung aus Washington gestern einem Verdrüssener gegenüber geäußert, er werde den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung nicht vor dem 1. September, aber auch nicht nach dem 15. September einberufen. Die Hauptaufgabe des Kongresses werde es sein, eine geordnete Finanzlage zu schaffen. Unnötiger Beunruhigung bedraue man sich nicht hinzugeben, da man in die großen Hilfsquellen des Landes unbegrenztes Vertrauen setzen dürfe.

Parteinachrichten.

Seinen 76. Geburtstag feierte am 31. Mai der Dortmunder Reichstags-Kandidat unserer Partei, Genosse Böcker. Die Dortmunder Arbeiter ließen den Tag nicht vorübergehen, ohne dem verdienten Vorkämpfer ihre Sympathien zu bezeugen. Eine noch größere Freude werden sie unserem greisen Genossen dadurch bereiten, daß sie alle Kraft daran setzen, damit er aus der Reichstagswahl am 15. Juni als Sieger hervorgeht.

Von der Agitation. Am Sonntag verbreiteten etwa 80 Parteigenossen aus Heidelberg und den umliegenden Orten im ganzen Wahlkreis Heidelberg-Oberbach-Wosbach 25 000 Flugblätter. Die Organisation dieser Arbeit war, wie die Mannheimer „Volkstimme" mittheilt, so eingerichtet, daß wohl kaum ein Ort des Kreises vergessen wurde. Wenn man bedenkt, daß der Wahlkreis volle 105 Ortschaften umfaßt und einen Größen-Durchmesser von ca. 12 Stunden hat, so kann man sich eine Vorstellung von der Hingebung unserer Genossen machen. Ihre Aufnahme war in fast allen Orten eine sympathische. In vielen Orten meldeten sich Genossen zur Unterstützung und auch mehrere Lokale für Versammlungen wurden gewonnen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Freiburg i. B. wo wir bei der vorletzten Wahl 170 und die Gegner Ultramontane und Liberale zusammen 1600 Stimmen bekommen hatten, erlangen wir diesmal eine Stimmenzahl von 600, während die Gegner nur 1100 bekamen. Ein Erfolg, der erhoffen läßt, daß bei der nächsten Wahl die Sozialdemokratie ins Rathaus einzieht.

Ueber die Wirksamkeit der Regensburger Sozialdemokraten muß das ultramontane „Regensburger Morgenblatt" mit Schmerz berichten: Leider finden sie überall Unzufriedene, die sich ihnen anschließen und der 15. Juni wird in der „schwarzen Provinz" unserer Oberpfalz eine Sprache sprechen, welche Viele in Erstaunen setzen wird.

führt. Außer seinem täglichen Gang nach dem Pensionat Champuis, einem der vornehmsten der Stadt, in dem er den deutschen Sprach- und Literatur-Unterricht erteilt, und seinen Streifereien durch das Thal und längs den Ufern des Sees, sitzt er beständig an seinem Schreibtisch. Seine Wirthschaftsleute haben eine stille Verehrung für den ersten jungen Mann mit den schönen traurigen Zügen, in denen eine schicksalsschwere Vergangenheit geschrieben steht, und die doch wieder so glütig zu lächeln, so viel menschliche Theilnahme auszudrücken vermögen.

Es ist unser Freund Kurt Dettinger, der hier ein stilles Ayl nach dem Sturm, der seine Jugend verwüthet, gefunden hat. Nach zweijähriger Haft aus dem Gefängniß entlassen, hatte er vergeblich gesucht, sich in Vaterlande zu halten.

An die Gründung einer Existenz oder auch nur an eine bescheidene Unterkunft war nicht zu denken. Eine Stelle als Hauslehrer mußte er ausgeben, weil die Regierung sand, daß seine Vergangenheit keine Garantie für seine Moralität böte. So hatte er den Wanderstab ergriffen und dem Vaterlande den Rücken gekehrt, um in freierer Luft für die Verwirklichung seiner Ideen zu arbeiten.

Eben lehrte er aus der Pension Champuis zurück, in welcher Wohnung zu nehmen er trotz der inständigsten Bitten des Institutsvorstehers entschieden abgelehnt hatte. Er wollte sich nicht in das Joch eines Institutslehrers spannen. Er wollte seine Zeit unbehindert den großen Arbeiten widmen, die er sich vorgelegt. Das Unterrichten war ihm nur Mittel, nicht Lebenszweck.

Die Luft in der Stube war trotz der milden Bitterung dumpf und kalt. Er versuchte, sich ein Feuer im Kamin anzuzünden, kam aber damit nicht gut zu stande. Das Holz mochte nicht ganz trocken sein. Es knallte und schwelte, und der Rauch schlug in die Stube. Als echter Philosoph zur Resignation geneigt, in kleinen wie in großen Dingen, gab er den Versuch, es sich behaglicher zu machen, auf, öffnete Thür und Fenster, um den Qualm sich verziehen zu lassen, und setzte sich, um einen Brief zu lesen, den er bei seiner Rückkehr vorgefunden hatte. Derselbe war von seinem Verleger, der ihm über sein erstes größeres sozialwissenschaftliches Werk Komplimente machte. (Fortf. folgt.)

In den bayerischen Landtagswahlen schreibt die „Münchener Post": Wie wir erfahren, wird mit Ausnahme Münchens die Wahlkreistheilung dieselbe bleiben wie bei der letzten Wahl. In München mußte angeblich eine kleine Veränderung stattfinden, damit die 5 liberalen Sitze von München I, die so wie so schon bedenklich wackeln, besser gesichert sein sollen. München II ist bekanntlich schon als sozialdemokratisch festgelegt, darum wurden die der Stadt einverleibten Arbeiterquartiere, Schwabing, Neuhausen und Vogenhausen dem Wahlkreis München II zugetheilt. Der Wahlkreis München I soll dadurch entlastet werden bezw. der rechtlich zustehenden sozialdemokratischen Wählerkraft entleert und die liberale Sache gesichert werden. In unbekannt schlauer Weise blieb die Zahl der zu wählenden Abgeordneten so bestehen wie früher. München I wählt 5, München II mit seiner Masse Stimmen 1 Abgeordneten. Als Resultat erwartet man in Regierungskreisen 5 liberale und 1 sozialdemokratischen Abgeordneten. München III kann dann 3 Ultramontane wählen. Ob die Rechnung stimmen wird?

Todtenliste der Partei. In Fischenheim, Kreis Hanau, erschoss sich an der Friedhofsmauer der seit Jahren kranke Maurer Johannes Kraß, um seinen unheilbaren Leiden ein Ziel zu setzen. Er war Mitglied des Gewerbegerichts. Wir verlieren in ihm einen unerschrockenen, pflichterfüllten Parteigenossen. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Mit Freisprechung endete in Stettin das hochnotpeinliche Gerichtsverfahren, das gegen 11 Genossen wegen Verbreitung von Druckschriften eingeleitet worden war. Im vorigen Jahre hatten Genossen aus dem Randow-Greifenhagen-Wahlkreis eine Agitationstour in die Umgegend unternommen; sie hatten die mitgenommenen Schriften vorsichtigerweise nicht öffentlich, sondern nur in den Wohnungen vertheilt. Trotzdem sollte jeder dafür 50 M. und nach einige Mark Kosten berappen. Das Schöffengericht erkannte natürlich auf Freisprechung und legte auch die Kosten der Vertheidigung der Staatskasse zur Last.

Die Reichstagswahlen.

An die Parteigenossen! Auf der ganzen Linie ist der Wahlkampf entbrannt und jeder Parteigenosse fragt sich wohl: Wie kann ich als einzelne Person der Partei nützlich sein und namentlich die Genossen auf dem Lande unterstützen? Wir möchten durch diese Zeilen einen Fingerzeig geben, wie man durch ein kleines Opfer manchmal viel mit zum Siege beitragen kann. Wir meinen nämlich, es müßte sich jeder Genosse ernstlich fragen, ob er vielleicht in irgend einem Wahlkreis und namentlich in ländlichen Gebieten Freunde, Verwandte oder Bekannte hat. Man schreibe umgehend ein paar Zeilen an diese, worin man sie auf den Ernst und die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahl aufmerksam macht und womöglich den Kandidaten des betreffenden Wahlkreises nennt. Wir wissen aus Erfahrung, daß, wo vordem uns die Herzen und Thüren verschlossen waren, nach einem solchen Brief die Landarbeiter etwas aufgerüttelt wurden und uns in den meisten Fällen Herzen und Thüren geöffnet sind, was die weitere Agitation wesentlich erleichtert. Ihr, Genossen, sagt wohl, zu diesem Zwecke tragen wir ja Flugblätter hinaus und halten Versammlungen ab. Aber von den Flugblättern werden nur die wenigsten aufmerksam gelesen und die Versammlungen werden nur von einem kleinen Prozentjah der Landarbeiter besucht, denn die Leute haben zu wenig Zeit. Man muß nicht glauben, daß der Landarbeiter unser Gegner ist. Nein, er glaubt nur, daß der Stimmzettel doch nichts nützt; er sagt, die Großen und Reichen machen doch, was sie wollen. Deshalb, Parteigenossen, muß es eure Aufgabe sein, euren Freunden, Verwandten und Bekannten brieflich begreiflich zu machen, daß in dem Stimmzettel eine Macht liegt; wenn Flugblätter nicht gelesen, Versammlungen nicht besucht werden, Briefe werden aber auf jeden Fall gelesen, und wir haben Beispiele, wo solche Briefe schon fast Wunder bewirkt haben. So gering dieses Kampfmittel auch scheinen mag, in diesem Wahlkampf müssen alle ehrlichen Mittel versucht werden, um die Gleichgültigen aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Wir schließen mit dem Rufe: Auf, ans Briefeschreiben! Laßt die Reichspost unser Flugblattverbreiterin sein.

Nachtrag zur Liste der sozialdemokratischen Kandidaturen. Durch Vertrauensmänner-Beschluß ist im 18. hannoverschen Wahlkreise (Stade-Blumenthal) an Stelle des inzwischen zurückgetretenen früheren Kandidaten der Parteigenosse Alwin Kerst aus Bremen als Kandidat für den Reichstag aufgestellt worden. In Paderborn-Bunzlau (A. Blegner) kandidirt an Stelle Geiser's-Breslau Stolpe-Grünberg. In Landeshut-Jauer kandidirt Keller-Görlitz.

In Breslau fand am 4. Juni eine imposante Massenversammlung statt, in der der Kandidat für Breslau-West, Genosse Schoenlaak referirte. — Die zwei Hauptführer des Breslauer Freisinn, die bereits in der Zuhauer'schen Versammlung gesprochen hatten und ausdrücklich zu der Versammlung am 4. Juni eingeladen worden waren, wurden in der Debatte von Schoenlaak so gründlich abgeföhrt, daß sie für diese Wahlbewegung wenigstens ihre nutzlosen Redebestrebungen in unseren Versammlungen unterlassen werden. Außer einer allgemeinen Resolution wurde, wie die „Volkswacht" mittheilt, folgende von Frauen eingebrachte Resolution angenommen:

Die anwesenden Frauen und Mädchen erklären sich mit dem Referenten einverstanden und geloben, nicht eher zu ruhen, bis auch die Frauen politische Rechte, wie das allgemeine Wahlrecht, erreicht haben. Sie versprechen mit Muth und Opferfreudigkeit die Männer beim Wahlkampf zu unterstützen und Unaufgeklärte anzufeuern, nur einem Sozialdemokraten am 15. Juni ihre Stimme zu geben.

Am 5. Juni sprach Schoenlaak im „Feldschloßchen" in dem bis auf den letzten Winkel gefüllten Saale. Hunderte mußten umkehren. Die Stimmung in Breslau-Ost und Breslau-West ist vortrefflich.

Die Agitationstour, die Genosse Bebel nach Mittel- und Süddeutschland unternahm, wurde Montag Abend beendet und kehrte derselbe gestern nach hier zurück. Morgen geht Bebel nach dem Norden und zwar nach Bremen, Hamburg (zwei Versammlungen), Lübeck, Kiel, Elmshorn und Neumünster. Sämmtliche Versammlungen, in denen bisher Bebel sprach, waren überfüllt und mußten vielfach Hunderte und selbst Tausende wegen Mangels an Platz wieder umkehren. Versammlungen fanden nachher in Leipzig, Ehlingen, Cannstadt, Stuttgart, Forzheim, Karlsruhe, Mannheim, Mühlhausen i. Gf. und in Kassel. In den meisten der erwähnten Orte standen der Partei die größten der vorhandenen Lokale zur Verfügung, nur in Mühlhausen im Elsaß und in Kassel mußte man sich mit kleinen Lokalen begnügen. In Stuttgart trat ein nationalliberaler Rechtsanwalt, in Mühlhausen i. Gf. ein Ultramontaner als Gegner auf, was unseren Genossen ein besonderes Vergnügen bereitete. An der entscheidenden Abfertigung schloß es natürlich nicht.

Einen eigenthümlichen Verlauf nahm die Agitation in Straßburg. In Elsaß-Lothringen besitzt die Polizei, auf grund alter stanzösischer Bescheidbestimmungen, die man sorgfältig konterwirft und die man mit einer Rücksichtslosigkeit und Auslegungsfähigkeit handhabt, wie ähnliche unter der französischen Herrschaft unerbört war, einen nahezu unumkehrbaren Einfluß. Infolge dessen war in ganz Straßburg und der nächsten Umgebung kein Lokal für eine Versammlung zu haben. Aber die Straßburger Genossen revanchirten sich. Als am Freitag Mittag Bebel in Straßburg eintraf, waren Tau-

se und unserer Genossen und Anhänger auf und vor dem Bahnhof versammelt, die Bebel mit demonstrativen Hochrufen empfingen und ihn in die Stadt begleiteten. Aber es sollte noch besser kommen. Die Genossen hatten in einem Vororte von Straßburg eine Scheune gemiethet, in der Sonntag Nachmittag eine Versammlung stattfinden sollte. Die Polizei verbot diese Versammlung aus „baupolizeilichen" Gründen. Das Verbot wurde Freitag Abend im Versammlungslokale unserer Genossen, in dem auch Bebel anwesend war, bekannt und nun kam man überein, zur selben Stunde, in der die Versammlung hätte stattfinden sollen, einen Auszug zu veranstalten und zwar nach demselben Lokale, in der die Versammlung sein sollte, und das mit einem großen Wirthsgarten verbunden war. Der Auszug wurde in der Presse bekannt gemacht mit der Anzeige, daß Bebel anwesend sein werde. Dieses hatte die entsprechende Wirkung. Sonntag Nachmittag fand eine kleine Völkerverwanderung nach dem sogenannten Hammerle's Garten statt. Die Massen, die auf mindestens 20 000 Köpfe, Männer und Frauen, geschätzt werden mußten, fanden nur zum kleinsten Theile im Lokale Platz, dafür wurde aber um so lebhafter demonstriert, wo immer Bebel sich blicken ließ. Polizei und Militär war in Menge aufgeboten, um Ordnung zu halten, es gab aber keine Gelegenheit zum einschreiten. Auch soll anerkannt werden, daß die Polizei sich fast voll verhielt und den sehr lauten Demonstrationen, die sich später auf der Straße nach der Stadt und im Bahnhof von Reuß, als Bebel nach Offenburg abreiste, immer wiederholten, kein Hinderniß in den Weg legte. Dagegen wird die Polizeiverwaltung von Straßburg und weiter hinauf die Regierung am 15. Juni die Entdeckung machen, daß sie mit ihren Verboten und Maßregelungen einen schweren politischen Fehler beging. Die Erregung in der Bevölkerung ist eine sehr große und die Opposition gegen den politischen Druck und das harte Regiment ist eine allgemeine. Auch verdient hervorgehoben zu werden, daß der sozialdemokratische Geist unter der Studentenschaft Straßburgs einen guten Boden gefunden hat und Studenten in größerer Zahl bei den Demonstrationen betheiligt waren. An einem Abend kam es sogar in einer Restauration Straßburgs zwischen einer Anzahl Studenten, die Bebel hochleben ließen, und den anwesenden Feldwebeln und Zahlmeistern zu einem Konflikt, der mit Thätlichkeiten endete.

Die Reichslande werden bei den diesmaligen Wahlen überraschende Resultate liefern. Unsere Genossen sind mit einer Energie und Muthigkeit, welche die höchste Anerkennung verdient, überall an der Arbeit; ihr Eingreifen hat in den Reichslanden ein politisches Leben erzeugt, das bisher ganz unbekannt war und das auch die Gegner zwingt, in den Kampf einzutreten. Der Hauptkampf ist zwischen Sozialdemokratie und Ultramontanismus entbrannt, das Protestlerthum tritt mehr und mehr in Passivität. Der Ultramontanismus sucht unsere Partei hauptsächlich auf religiösem Gebiete zu bekämpfen, muß aber dabei die unliebsame Entdeckung machen, daß die dadurch hervorgerufenen Diskussionen nur der Religion schaden, die öffentliche Diskussionen über ihre Dogmen und Glaubenssätze nicht vertragen kann. Im Reichsland stehen daher die Sachen so, daß mit jedem von der Sozialdemokratie gewonnenen Anhänger der Katholizismus nicht nur ein feiner Schosse verliert, sondern auch einen neuen Gegner gewinnt. Die Sozialdemokratie ist auch in den Reichslanden der Saureteig, der die alten Parteien zerstört, aber es auch bewerkstelligen wird, daß Pfaffenhum und Bourgeoisie mehr und mehr der Regierung in die Arme getrieben werden, womit einmal wieder die Theorie „von der einen reaktionären Masse" eine neue Bestätigung erhält.

In den Reichslanden wie im übrigen Süddeutschland machen ferner unsere Genossen die auch anderwärts vielfach bestätigte Erfahrung, daß das Landvolk der sozialdemokratischen Agitation aufstrebend günstig gestimmt ist. Die Stimmzahl der Partei auf dem Lande dürfte sich erheblich vermehren, alles in allem betrachtet kann die Partei dem 15. Juni gutes Muthes entgegengehen. Nicht programmäßig verließen auch die Versammlungen in Kassel. Hier sollten letzten Montag Abend 2 Versammlungen stattfinden, eine um 6 Uhr, hauptsächlich für die Parteigenossen, eine andere um 8 Uhr als allgemeine Versammlung. Während Bebel in der ersten sprach und diese sich über 8 Uhr ausdehnte, begann einflussreiche Genosse Pfanck in der zweiten zu sprechen. Er kam aber nicht weit. Die Polizei erklärte, sobald sie aus der ersten Versammlung eingetroffen war, daß das zum Erbücken gefüllte Lokal mehr Menschen enthalte als die baupolizeilichen Bestimmungen zuließen und verlangte die Reduzierung der Teilnehmerzahl. Dies stellte sich als unmöglich heraus. Auf die Frage des Vorsitzenden: ob die Anwesenden lieber auf die ganze Versammlung verzichten als sich dem Verlangen der Polizei fügen wollten, antworteten diese mit einem donnernden: Ja. Damit war das Schicksal der Versammlung besiegelt. Der Kommissar erhob sich und erklärte dieselbe für aufgelöst, worauf dieselbe nunmehr mit frenetischen Hochs auf die Partei, auf Bebel und Pfannkuch antwortete und alsdann unter den Klängen der Marseillaise den Saal räumte. Im Garten, in dem noch Hunderte vergeblich auf Einlaß warteten, setzten sich die Demonstrationen noch eine Zeit lang fort.

Alle waren darüber einig, daß die Auflösung besser als die schönste Rede gewirkt und so ging man schließlich hochbegeistert auseinander. Die Kasse der Genossen hofften am 15. Juni den Wahlkreis für die Partei zu erobern.

Die „Frankfurter Zeitung" berichtet von einer Versammlung in Baden-Baden, in der Bebel gesprochen habe und welche durch die Nationalliberalen gepregelt worden sein soll. An dieser Nachricht ist kein wahres Wort, Bebel war nicht in Baden-Baden, hatte auch nicht die Absicht dorthin zu gehen.

In Speyer und Würzburg sprach Diebnecht am 3. und 4. d. M. in wahren Massenversammlungen unter lebhaftem Beifall. Die Aussichten der Kandidaten für Speyer-Ludwigsbafen und den Würzburger Kreis, Ehrhart und Palle, sind die denkbar günstigsten.

In Regensburg (Braubuschweg) wurde die von sozialdemokratischer Seite einberufene Wählerversammlung zweimal von der Kreisdirektion verboten. Die zum dritten Male einberufene Versammlung konnte endlich abgehalten werden. Auf einem freien Platze außerhalb des Dorfes hatten sich ca. 500 Personen aus Stadtdorf, Regensburg, Vorwohle, Braaf und Deensen eingefunden, die den Ausführungen des Genossen Stegmann aus Braunschweig über die bevorstehende Reichstagswahl wiederholt ihre Zustimmung bekundeten. Ein starkes Gemitter machte der Versammlung ein etwas vorzeitiges Ende. Unter Donner und Bliz stimmte die Versammlung der Auforderung des Referenten am Schluß seiner Rede zu, am 15. Juni nur dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

Aus den Reichslanden. Die erste Wahlversammlung, die der sozialdemokratische Kandidat für Mühlhausen, Genosse Bueb, dort abhielt, wurde von dem überwachenden Beamten aufgelöst. Die „Straßburger Bürgerzeitung", das Organ des freisinnigen Bürgerthums, schreibt dazu: Bueb ist der vorbestenke und aufgedinste Mann in ganz Elsaß-Lothringen. Wollte er eine Liste seiner verbotenen Versammlungen geben, das würde eine Deporellio-Liste werden mit dem Refrain: „Aber in Mühlhausen 1003". Unter diesen Umständen wird es für Herrn Bueb das beste sein, sich aus Elsaß-Lothringen zu entfernen -- nach Berlin in die Leipzigerstraße. Dort kann er sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen -- ohne Erlaubniß des hohen Bezirkspräsidiums und ohne das Stimmzettel des strengen Polizeikommissars fürchten zu müssen. Wir haben Grund zu der Annahme, daß, falls Herr Bueb Reichstags-Abgeordneter werden sollte, gewisse Amtsstellen in Elsaß-Lothringen manch' harte Aufgaben müssen, welche sie seit Jahren Herrn Bueb zu machen gaben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 7. Juni.
Opernhaus. Falstaff.
Neues Theater. Sinfantana.
Berliner Theater. Der Flüchtlings.
Die Eine weint, die Andere lacht.
Residenz-Theater. Flattersucht.
Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.
Angot, die Tochter der Halle.
Kroll's Theater. Die Kinder der Gaibe.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Die neue Militärvorlage.
Alexanderplatz-Theater. Die Directrice. Vorher: Im Vorzimmer seiner Excellenz.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 182.
Novität! Zum 5. Male: **Novität!**
Die neue Militärvorlage.
Größe Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Adolph Steinsche.
Regie: Max Samit.
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten:
Gr. Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung ersten Ranges.
Größtes Spezialitäten-Programm der Residenz.
Auftreten von Chansonetten, Sängern, Clowns, Tänzerinnen, Komikern, Soubretten etc. etc.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.
Im Parterre lebend ausgestellt:
1 Pferd aus Californien.
Mähne 14 Fuß.
Schweif 12 Fuß.
Werth 200 000 Mk.
Vorm. 11 bis Abends 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schrecken des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Illusionist. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im prachtv. Sommergarten täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger vom Arginal-Palast.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Etablissement Buggenhagen.
Morph. Platz. Morph. Platz.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnhof Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.
Stadtbahnhof Zoologischer Garten.
Heute, Mittwoch, den 7. Juni 1893, Anfang 8 Uhr:
Große außerord. Vorstellung
mit ausgewähltem Programm unter Mitwirkung des gesammten Herren- und Damenpersonals. Besonders hervorzuheben: **Der Wilddieb.** Ausstattungspanontime mit Ballet in 4 Akten. von Direktor Ernesto Ciniselli, arrang. u. inszenirt vom Königl. italien. Hof-Balletmeister Gm. Antonio Tognani, ausgef. von 200 Personen und dem aus 60 Damen besteh. Corps de Ballet. Die Rolle des Wilddiebes wird dargestellt vom Direktor. Ferner Reiten u. Vorführen der bestdress. Schul- u. Freizeitspferde. Austr. vom Reittänzern und Künstlerinnen 1. Ranges. Charivari von 15 Clowns.
Hocheleg. Luft-Sommercircus!
Morgen: Gr. Vorstellung mit neuem Programm.
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Ostbahn-Park
am Rastiner Platz,
(Hormann Jmbs)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garetton, vorkom. Taxameter-Troishefenfahrt, Mr. De Dolfs, Peger-Excentric etc. Volksbelustig. jeder Art. 4 Regelsbahnen zur Verfügung.

Schweizer-Garten
am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoll, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verocora.
Im Saale: **BALL.** (4199L*)

Norddeutsche Brauerei.
58. Chaussee-Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L.
Moabiter Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservirter Platz 50 Pf. 4127L*
Helmut Peters.

Gründer's Festsäle
(früher Mundt)
Köpenickerstrasse 100.
Jeden Sonnabend,
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosser Ball.
NB. Meine 5 Vereins-Säle von 50 bis 300 Personen halte ich Vereinen, Gesellschaften etc. bestens empfohlen. 4131L*

Neue Welt. Hasenhaide.
Bergschloss-Brauerei.
Heute, Mittwoch:
Kinderfest mit Gratis-Verloosung.
Puppentheater. Bonbonregen. Stangenklettern. Wettlaufen etc. etc.
Konzert. Artisten-Vorstellung. Ball. 297b
Entree: Erwachs. 15 Pf., Kinder 10 Pf., wofür Mühe, Gesch. u. Freiloos.
Morgen Donnerstag: **Monstre-Feuerwerk.**

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide,
Bergmannstrassen-Ecke.
Heute, Mittwoch, den 7. Juni 1893: 51/18
Gr. Kinderfest mit Gratis-Verloosung.
Bahnen-schlag, Sachhüpfen, Bonbonregen.
Großes Garten-Konzert und Ball.
Marionetten-Theater, Volksbelust. Abends: Gr. Fackelzug u. beng. Beleuchtung.
Auf. des Konzerts 4 Uhr. Entree 15 Pf., vorher 10 Pf., Kinderbill. nur an der Kasse.
Morgen Donnerstag: **Großes Extra-Militär-Konzert.** A. Froelich.

Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
Heute Mittwoch:
Gr. Kinderfreundfest mit Gratis-Verloosung.
Von 4 Uhr ab. Im Saale:
Konzert, Spezialitäten 1. Ranges, Familien-Ball.
Entree 15 Pf., Kinder 10 Pf.
Morgen Donnerstag: **Sommernachtsfest.**

Dem Fabrikbesitzer Hermann Koch zum 43. Weigenseite ein Lebehoch vom Verein „Reibeseifen“ und „Frei weg“. Profit, Emton! [296b]

Todes-Anzeige.
Am 4. d. M. verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein unvergesslicher herzenguter Mann, der Tischler **Ernst Klatt**
im Alter von 36 Jahren. — Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittags 4 Uhr vom Elisabeth-Kirchhofe (Sofundbrunnen) aus statt. 296b
Die tiefbetrübte Wittve nebst Geschwistern.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unser langjähriges und treues Mitglied, der Cigarrenmacher **Heinrich Kraft**
am 4. d. M., Abends 8 1/4 Uhr, nach langen, qualvollen Leiden sanft entschlafen ist.
Wir verlieren in ihm einen der treuesten Mitarbeiter unserer gerechten Sache. [114/2]
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, Nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Weissensee, Gustav Adolf-Str. 158 aus nach dem Kirchhof von Neu-Weissensee statt. — Um zahlreiche Theilnahme erucht
Der Vorstand
des sozialdem. Arbeiter-Vereins für Weissensee.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Cigarrenfabrikant **Heinrich Kraft**, am 4. d., Abends 8 1/4 Uhr, im 45. Lebensjahre gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittags 6 Uhr vom Trauerhause, Neu-Weissensee, Gustav Adolfstraße 158, aus statt. Um stille Theilnahme bittet
4389L
Minna Kraft nebst Kindern.

Danksagung. 300b
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Carl Seidel**
sage allen meinen herzlichsten Dank.
Wittve Seidel nebst Kindern.

Danksagung.
Für die zahlreiche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Teuber** [295b]
sage ich Allen, insbesondere den Herren Kollegen, unseren aufrichtigsten Dank.
Die trauernde Wittve
Alma Teuber, und Verwandte.

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine hochgelegenen Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. Auch steht den geehrten Vereinen etc. der große Sommergarten zur Verfügung.
Wwe. E. Schmiedel.

Seebad Weissensee
für Herren und Damen, Preis pro Bad 15 Pf., Bierbahn vom Mollensmarkt und zurück 50 Pf., Linienstraße 40 Pf., Danzigerstraße 30 Pf. inkl. Bad. Schülerkarten pro Monat 6 Mark incl. Fahrt. 48/12
E. Segger.

Herren u. Damen, welche gewillt sind, einem Gesang-Verein (gem. Chor) beizutreten, sind freundlich eingeladen. Uebungsstunde Donnerstag Abend von 9 bis 11 Uhr bei Möwes, Voelchstr. 8.
Gesangverein „Waldegrün“ (gem. Chor). [293b]

Stempel Vereins-Abzeichen etc.
H. Galtmann,
Brunnenstr. 9.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!
Große öffentl. Wähler-Versammlung
am Mittwoch, den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee.
Tages-Ordnung:
1. Die Reichstagswahl. Referent: **Paul Singer.** 2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
349/14 **Das Wahlkomitee.**

5. Wahlkreis.
Große öffentl. Wähler-Versammlung
am Mittwoch, den 7. Juni, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der Brauerei Friedrichshain (fr. Lips).
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Schriftsteller **Curt Baake.** 2. Eventueller Bericht des bisherigen Vertreters des Kreises, Oberbürgermeister **Dr. Baumbach.** 3. Diskussion.
Herr **Dr. Baumbach** ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.
Alle Wähler, ohne Unterschied der Partei, werden um ihr Erscheinen ersucht.
351/6 **Das Wahlkomitee.**

Neue Welt (Bal champêtre), Hasenhaide
108-114.
Sonnabend, den 10. Juni 1893:
Grosser Sommernachts-Ball
veranstaltet vom
Fachverein der Holz- und Bretterträger
Berlins und Umgegend. 179/11
Anfang 8 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 25 Pf.
Dierzu ladet freundlichst ein **Das Komitee.**
Billets sind zu haben in allen mit Plakaten belegten Lokalen.

Puhlmann's Sommertheater, Schönhauser Allee 148.
Sonnabend, den 10. Juni:
Großes Sommerfest,
veranstaltet vom
Fachverein aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche,
bestehend in **Concert, Theater und Tanz.**
Um 9 Uhr: **Kinder-Fackelpolonaise.**
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Billets sind vorher beim Kassirer **Oskar**, Alte Schönhauserstr. 50, bei den Mitgliedern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.
Die **Kasserküche** ist von 3 bis 6 Uhr geöffnet. 384/10

Kaufmännische Wähler!
Morgen, Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 1/2 Uhr:
Große öffentliche Versammlung von Handlungsgehilfen
in der „Ressource“, Kommandantenstraße 57.
Tagesordnung:
Zu welcher Partei gehört der Kaufmann? Diskussion.
Jeder wahlberechtigter Kaufmann wird dringend ersucht zu erscheinen.
Der Einberufer: **Emil Ambach**, Mohrenstr. 55.
188/17

Maurer.
Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 Uhr:
Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand. 380/20

Große öffentliche Versammlung
der in Berlin anwesenden Parteigenossen aus dem Wahlkreis **Arnswalde-Friedeberg**
am Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Tempel**, Lange-Strasse Nr. 65.
Tagesordnung:
1. Konstituierung des Vereins und Statutenberathung. 2. Wahl des provisorischen Vorstandes. 3. Verschiedenes. 389/6

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ etc. angeboten werden. 3972L*

Uhren.
Regulateure mit Schlagwerk von 16 Mk. an
Wecker, best. Fabrik. „Junghaus“ v. 8
Wanduhren „ „ „ 2,50
Silberne Cylinder Remontoir „ 12
Grosse Auswahl in Uhrketten zu den billigsten Preisen.
Reparaturen jeder Art unter Garantie gut und billig.
Otto Näther & Krausse, Anflamerstr. 44, nahe der Brunnenstr.

Die Reichstagswahlen.

Aus Neppen, einer kleinen Stadt bei Frankfurt a. O., berichtet die „Märkische Volksstimme“: In einer hochinteressanten Kundgebung unserer Partei gefallte sich die zu Sonntag Nachmittag in die „Stadtbrauerei“ einberufene allgemeine Wählerversammlung, hatten es die Konservativen am 1. Juni fertig bekommen, unsere Versammlung zu sprengen, so war ihnen das diesmal unmöglich, da unsere Genossen schon lange vor Beginn der Versammlung den Saal besetzt hatten. Trotzdem waren auch die Gegner sehr stark vertreten. In zweistündiger mit großer Nähe von der Versammlung angehörter Rede entwickelte Genosse Wagner aus Berlin das Programm der Sozialdemokratie. Er widerlegte schlagend alle die von den Gegnern unserer Partei vorgeworfenen Missethate und wies nach, daß gerade alle diese Missethate in der heutigen Gesellschaft zum Ausdruck kämen. In der Diskussion sprach zunächst Herr von Bonin, der sich selbst der Versammlung als Großgrundbesitzer vorstellte. Er suchte nachzuweisen, daß die Arbeiter, so auch heute oftmals der Großgrundbesitzer in gewissem Sinne Noth leiden müsse; eine Behauptung, welche allgemeine Heiterkeit erregte. Nun gab Herr v. Bonin eine Blätternlese von Aussprüchen früherer sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneten, welche bis zu zwanzig Jahren zurückdatierten, und veruchte, hieran sein Schwert zu wehen, um besser gegen die Sozialdemokratie kämpfen zu können. Dies Schwert erwies sich aber als sehr schartig; Herr v. Bonin vermochte uns damit keine Wunden zu schlagen, trotzdem er das Bawerland, die Pariser Kommune und auch noch den lieben Herrgott gegen uns ins Feld führte. Endlich erfuhr man noch, daß auch ihm ein warmes Herz unter dem Busen für seine Arbeiter schlage. Wagner betonte in seiner Entgegnung, daß es allerdings leichter sei, mit den heutigen Verhältnissen zufrieden zu sein, wenn man Rittergutsbesitzer ist, als wenn man als Arbeiter bei einem solchen pro Tag 60 Pf. verdient, oder als Handwerker für einen solchen arbeitet und wenn man nachher Zahlung verlangt, erfahren muß, daß der Herr Großgrundbesitzer die Zahlung wegen erfolgter Verjährung verweigert und dann noch obendrein die Kosten des Verfahrens zu tragen hat. Hierauf veruchte Herr v. Bonin die Ausführungen Wagner's zu widerlegen, was aber kläglich mißlang. Nun sprach noch Bödy aus Frankfurt im Sinne des Referenten und nach ihm ein junger Pfarrer. Dieser gab zu, daß in der Sozialdemokratie ein berechtigter Kern stehe, der auch zum Siege gelangen werde. Er hob hervor, daß die Ansicht, daß die Sozialdemokraten teilen wollten, falsch sei. Die Sozialdemokratie wolle nicht teilen, sondern nur das Privateigentum in Kollektiveigentum verwandeln. Wer meinte, die Sozialdemokraten wolle teilen, der irrte sich. Der Pfarrer führte ferner aus, daß es ihm schließlich gleich sei, wenn einmal die Sozialdemokratie zur Macht gelange. Er werde sich ja wohl auch im sozialdemokratischen Staat ein Plätzchen für ihn finden, an welchem er, wenn auch täglich 8 Stunden, wirken könne. Trotzdem der Pfarrer zum Schluß seinen kirchlichen Standpunkt betonte, sprach er sich doch so frei aus, wie man es von einem Manne seines Standes nur erwarten konnte. Gutsbesitzer A. K o r t u m nahm dann noch das Wort, um in gleichem Sinne wie Herr v. Bonin die Interessen des Großgrundbesitzes zu vertreten, nur in noch weniger wirksamer Form, als dies Herr v. Bonin gethan hatte. Da die Zeit schon sehr vorgerückt war — die Versammlung hatte 4 Stunden gelogt und würde nun unruhig — nahm der Referent das Schlusswort. Schließlich ersuchte noch der Vorsitzende, auf die „Märkische Volksstimme“, das Arbeiterorgan dieser Provinz, zu abonnieren und am 15. Juni durch die Abgabe der Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten zu beweisen, daß der Same, der heute in der Versammlung gesät, auf fruchtbaren Boden gefallen sei, dann schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreisachen Hoch auf die Sozialdemokratie die imposante, von 700 Teilnehmern besuchte Versammlung. — Zu dieser Versammlung hatte, wie wir hören, Herr v. Bonin von seinen Gütern sieben Wagen voll Arbeiter mit in die Stadt gebracht. Wir bemerkten denn auch unter den Anwesenden viele, welche die Mühe gutherrlicher Arbeiter trugen. Ob Herr v. Bonin diese Arbeiter mit in die Versammlung gebracht hat, damit sie vom Referenten darüber belehrt würden, in welcher Weise die Herren Großgrundbesitzer auf Kosten des Arbeitsvertrages ihrer Arbeiter ein gemütliches Leben führen?

In Schwelm fand am Sonnabend eine sozialdemokratische Wählerversammlung statt. Das Lokal, welches 600 Personen faßte, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Hunderte mußten wieder umkehren. Genosse L i m m aus Berlin entwickelte in zweistündiger Rede unser Programm. Trotzdem vor Beginn des Vortrages ten Gegnern vollkommene Fortfreiheit zugesichert worden war, verstanden die anwesenden Freisinnigen schon während des Vortrages.

Aus Cyprien berichtet die in Königsberg erscheinende „Arbeiter-Zahl-Zeitung“ unterm 3. Juni:

Im Tilsiter Kreise macht die Sozialdemokratie gute Fortschritte zum größten Aerger der Freisinnigen. Sale bekennen unsere Genossen dort auch nicht, genau so wie in Königsberg. Am Sonntag fand in Tilsit-Preußen eine freisinnige Versammlung statt, in der der freisinnige Kandidat v. Reibnitz keine Wahlrede hielt. Er hatte aber wenig Glück, denn die Mehrzahl der Anwesenden stimmte nicht ihm zu, sondern unserm Genossen K u n z e, der den Freisinnigen wegen ihres Verhaltens in der Arbeiterschuh-Gesetzgebung arg mißfiel. Am andern Tage hatte Herr v. Reibnitz noch weniger Glück. Als er in Dreibrücken für seine Kandidatur Stimmung machen wollte, trat ihm auch hier Genosse K u n z e entgegen. Zum Schluß wurde den Freisinnigen noch die Marxellaise vorgelesen. Am Dienstag Abend sollte in Splittler bei Tilsit wiederum eine freisinnige Versammlung stattfinden, zu der auch die Genossen Schulze und Lorenz aus Königsberg sich einfanden. Doch, es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein. Die Freisinnigen hatten Angst bekommen und zogen es vor, die Versammlung nicht stattfinden zu lassen.

In M e m e l fand am Montag Abend eine imposante Wählerversammlung statt, trotzdem die Gegner alles aufboten hatten, um sie zu hintertreiben. Die Genossen hatten den größten Saal Memels, den Schützenhaus-Saal gemiethet, für den vorerst eine Kaution von 150 Mark für etwaige Demolierung hinterlegt werden sollte und untererseits auch zugesichert wurde. Als aber die Versammlung anberichtet und als Referent Herr Schulze aus Königsberg angegeben war, da zog der Vorstand der Schützenhilfe den Saal zurück. Trotzdem gelang es uns, einen anderen Saal zu bekommen, und war denn auch die Versammlung eine imposante. Circa 800 Personen (ein großer Theil konnte wegen Uebertüllung kaum Einlaß finden) stimmten unter großem Beifall den Ausführungen der Genossen Lorenz und Schulze bei. Der Geist in Memel ist ein guter, die Gegner rechnen selbst darauf, daß es zwischen Lorenz und einem Konservativen zur Stichwahl kommt, zumal unter ihnen eine große Zerfahrenheit herrscht und nicht weniger als fünf konservative Kandidaten aufgestellt sind, zu denen sich noch ein freisinniger und ein Beherrschbar gefellen.

Was für dumme Wählfliegen die Zentrumspreste zusammenschmiert. Das nitramontane „Fränkische Volksblatt“ schrieb: „Waldbüttelbrunn, 1. Juni. Die heute Nachmittag hier stattgehabte Zentrumsversammlung war von fast sämmtlichen hiesigen Wählern besucht. Den Vorsitz führte Herr Oekonom August Kos von hier. Herr Redakteur Seiwert von Würzburg sprach über die Militärvorlage, den fränkischen Bauernbund und den unterfränkischen Bauernverein auf christlich-bayerischer Grundlage und unterzog zum Schluß den Wahlausruf des Bauernbunds-Kandidaten, Herrn Bürgermeister und Landrath W a n d e r in Rößbrunn, einer scharfen Kritik. Besonders dieser letzte Theil seiner Rede fand bei der Versammlung lebhaften Beifall. Herr Igl. Pfarrer und Privatdozent Dr. Stahl widerlegte glänzend die dem Zentrum von seinen Gegnern gemachten Vorwürfe und schloß mit der Aufforderung, auch für die Zukunft treu und unentwegt zur Fahne des Zentrums zu stehen. Pfarrer Herchenbach von Zell richtete an die Versammlung einen warmen Appell, ihre Stimme keinem anderen Kandidaten zu geben, als dem Zentrumskandidaten, Herrn Metzgermeister und Gemeindebevollmächtigten Peter Reckermann in Würzburg, der das auf ihn gesetzte Vertrauen glänzend gerechtfertigt habe. Er schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unseren Kandidaten. — Zu gleicher Zeit sollte hier auch eine von Sozialdemokraten einberufene „Wählerversammlung“ stattfinden. Da die Herren rothen Volksbeglückter jedoch keine Jubler fanden, so „belehrt“ sie die Zentrumsversammlung mit ihrem Besuche und glaubten, hier ihre „Weisheit“ an den Mann bringen zu können.“

Wie verhält sich die Sache in der That? Die Würzburger „Unterfränkische Volkstribüne“ theilt darüber mit: „Nachmittags 4 Uhr fand in Waldbüttelbrunn im Gasthaus Graser eine harte Besuche, ca. 80 Theilnehmer zählende sozialdemokratische Wählerversammlung statt die Zentrumsversammlung zählte kaum die Hälfte, in der unser Reichstagskandidat, Redakteur Albrecht Fölle, in einem zweistündigen, ungemein beifällig aufgenommenen Vortrag über die Auflösung des Reichstages und das Programm der Sozialdemokratie referirte. Und angesichts dieser Thatsache erdreistet sich das jeden Anstandes bare Zentrums-Samierblatt, das auch nicht einen Funken eigenen Spiritus verrath, die elende Lüge in die Welt zu posaunen, die Versammlung hätte gar nicht stattgefunden. Senug der Albernheit!“

Verstellung einheitlicher Stimmzettel haben ferner beschlossen: im badischen Wahlkreise Heidelberg-Gerberach-Rosbach sämmtliche Parteien. Die Bevollmächtigten der Parteien nahmen in einer Zusammenkunft den dahin gerichteten Antrag unserer Genossen einstimmig an. Jeder anständige Gegner mag energisch dafür wirken, daß die gleiche Einrichtung in allen Wahlkreisen getroffen wird.

Von den Referenten sämmtlicher Parteien Münchens wurde, ähnlich wie bei der Reichstagswahl von 1890, folgende Vereinbarung abgeschlossen:

- München, 2. Juni 1893.
1. Von seiten der Wahlausschüsse wird für die Reichstagswahlkreise München I und II — sowohl Stadt- wie Landbezirke — zu den Wahlzirkeln eine einheitliche, aus der Fabrik von Max Bullinger hier zu beziehende Papierprobe verwehrt.
 2. Von den Delegirten wurde die vorliegende Papierprobe Nr. 469, im Preise von 24 M. für 1000 Bogen, wovon der Bogen 16 Zettel ergibt, zur Verwendung bestimmt.
 3. Die Namen der verschiedenen Kandidaten sollen in einheitlicher Schrift, und zwar der Name in Garmond-Großdruck, Stand und Wohnort desselben in Petitdruck gedruckt werden.
 4. Das Falten der Wahlzettel hat von sämmtlichen Parteien nach einem Normalmaße zu geschehen. Die Faltung geschieht zuerst der Länge, dann der Breite nach. Der Druck befindet sich auf der unteren Hälfte des Wahlzettels.
 5. Es wird ausdrücklich festgesetzt, daß von seiten der Wahlausschüsse ausschließlich die oben beschriebenen Wahlzettel verteilt werden.

„Ordnungs“parteiliche Wahlagitator in Sachsen. In welcher Weise die Kartellblätter in Sachsen agitiren, beweist folgender, an mehrere Fabrikbesitzer im Amtsbezirk Wittweida gerichtete gewöhnliche Brief, deren Inhalt die Burggräber „Volksstimme“ veröffentlichte. Das Schreiben lautet: „Werther Herr . . . ! Wie es in Auerwalde zugeht, wird Ihnen heute das Wochenblatt erzählen — Herrlich! Morgen Dienstag fahren wir mit vier Geschirren nach Sachsenburg, wo Ulrich spricht. Kommen Sie, bitte, auch mit Anhängern und den richtigen Sie Otte-dorf. Wir haben uns in die Besuche der Versammlungen getheilt, damit kein Bezirk die Jagerei faßt bekommt. Wittweida und Umgegend hat sich verpflichtet zu erscheinen am 30.5. in Sachsenburg, am 4./6. in Kötzschau, 1/4 Uhr, am 4./8. in Weitzau, 8 Uhr, am 11./6. in Leubsdorf-Eppendorf, das ist der Haupttag. Dort heißt es vor Allem antreten. Wir fahren von hier aus in zwei Omnibussen, dreispännig, ab und haben 3 1/2 Stunden Fahrzeit. Im Bezirk Schellenberg haben die Sozialisten schweißlich gewährt; in jedem Orte hat sich ein solcher Hund verdammter anfassig gemacht und agitirt. Dort hoffe ich Sie mit mindestens zehn Mann zu sehen aus Krumbach und Ottendorf. Sollte Aenderung eintreten, bekommen Sie Nachricht, sonst aber fahren wir an diesem Sonntage 12 Uhr hier ab, also gegen 1 Uhr in Ottendorf. Fahren wir einen anderen Weg, so erfahren Sie es, oder bitte, theilnehmen Sie sich, ich habe die Garantie für unser Verhölten übernommen. Heil! Antisemitischer Schlachtruf. D. N.) M i t t w e i d a, 29.5. 93. Jhr Wendler. Bitte, treten Sie doch Ihren Gemeindevorstand Schrelenbach, von dem habe ich noch kein Wahlkomitee und keine Wählerzahl angegeben erhalten. Bitte!“

Wahlagitator der bayerischen Ordnungsflihen. Dieser Tage sollte in Langenprojetten in unterfränkischen Wahlkreise Lohe eine sozialdemokratische Wählerversammlung stattfinden, in der Genosse Galm, der dort kandidirt, sprechen wollte. Die Versammlung wurde aber, wie die in Würzburg erscheinende „Unterfränkische Volkstribüne“ meldet, durch die eigens dazu zusammenberufene Feuerwehr unter Führung des Bürgermeisters infomert getödtet, als sofort nach kaum 4—5minütiger Dauer ein Geheule, Pfeifen und Schreien losging, daß es unmöglich war, sein eigen Wort zu hören. Ein größerer Trupp Schaulinder war im Hofe postirt, welche das passende Lied „Die Holzauktion“ auf Kommando singen mußten. Der hochwürdige Herr Pfarrer hatte Morgens nach der Kirche die männlichen Einwohner dazu animirt, Vorkehrungen zu treffen, das die Versammlung nicht stattfinden könne. Man sieht, wie die „gelungen Waffnen der Herren Zentrumsler beschaffen sind. Gegen den Bürgermeister ist sofort Anzeige erhoben worden.

Aus Schwaben. Die Wahlbewegung ist bei uns im vollsten Fluß. Keine der in Frage kommenden gegnerischen Parteien ist so rasch und geschlossen in den Wahlkampf eingetreten, wie die Sozialdemokratie. In unserem Kreise, der stets die zweifelhafte Ehre hatte, sechs Zentrums-Änner in den Reichstag zu

senden, wird bei der diesmaligen Wahl eine Stimmenzahl für die Sozialdemokratie abgegeben werden, die der schwarzen Garde zu denken geben wird, nicht minder aber auch dem ganz auf den Hund gekommenen Nationalliberalismus, der eigentlich in Schwaben verurteilt wenig zu verlieren hat. Im 1. Wahlkreise (Augsburg) ist die Wahl unseres Kandidaten nicht ausgeschlossen. In den übrigen fünf Kreisen werden wir ansehnliche Minoritäten bekommen. Die Agitation ist eine sehr rege unsererseits. Am 2. Pfingstfeiertage gelangten im Kreise 60 000 Flugblätter zur Vertheilung, die zum großen Theile vom Landvolke sehr sympathisch entgegengenommen wurden. Leider ist es uns nur sehr ausnahmsweise möglich, dem Wunsche der Landbevölkerung, bei ihnen Versammlungen abzuhalten, nachzukommen. Wo es aber möglich, machen wir den ausgiebigsten Gebrauch. In Augsburg ist es uns unmöglich, ein dem gegenwärtigen Stande der Partei entsprechendes Lokal zu bekommen. Eine Eingabe an den Stadtmagistrat war, wie dies ja bei nationalliberalen Mannesfeelen nicht zu verwundern ist, nutzlos, obwohl geeignete städtische Lokale vorhanden wären. Sonntag, den 4. Juni, hielten wir eine Versammlung unter freiem Himmel in einem Birtschafstergarten ab, die sehr zahlreich besucht war und in welcher unser Kandidat, Genosse Bredner, sein Programm entwickelte. Weitere Versammlungen konnten wir in Großaitingen, Pfersee und Schwabmünchen abhalten. In dem Wahlkreise Donauwörth-Nördlingen war es uns gelungen, eines der größten dortigen Lokale zu bekommen, dasselbe war überfüllt (ca. 800 Personen). Genosse Renner-Augsburg referirte unter lebhaftem Beifall. Keiner der zahlreich anwesenden Gegner hatte, trotz mehrmaliger Aufforderung, den Muth, uns entgegen zu treten. In Memmingen und Pfaffen wird Genosse Birt referiren. In Kaufbeuren der Kandidat des dortigen Wahlkreises, Genosse Jilt. In Memmingen und Seiden referirte am 4. Juni Genosse Siedler-Augsburg, in letzterem Orte in Ermangelung eines Lokals in einer Kiesgrube. Der Pfarrer, der die Versammlung stören wollte, daß während des Vortrages uns Wort; als ihm dasselbe nach dem Vortrage ertheilt wurde, war der Herr verschwunden, was bei den zahlreich anwesenden Landleuten große Heiterkeit erregte. Die Stimmung ist für uns sehr günstig, so daß wir am 15. Juni ein recht beträchtliches Kontingent zur sozialdemokratischen Stimmenzahl stellen werden.

Tokales.

Achtung, Wähler des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises. Wir ersuchen die Genossen, am Sonntag, den 11. Juni, früh 7 Uhr, zur Flugblatt-Vertheilung zahlreich an folgenden Stellen zu erscheinen:

- Moabit: Hermerschmidt, Perlebergerstraße 23, Linneten, Weisstr. 57.
Wedding: Hilgenfeld, Bergstr. 60, Gieshoit, Boyenstr. 40, Kleinert, Müller, und Jennstr. Gde. Vahr, Gerichstr. 19, Haserland, Bellermanstr. 57.
Rosenthaler Vorstadt: Wigel, Elifabethstr. 18, Raabe, Ruppinerstr. 46, Gnadt, Swinemünderstr. 120, Schönhauser Vorstadt: Fiegle, Schmederstr. 33, Schmidt, Wörtherstr. 19, Dengler, Fehrbellinerstr. 81, Die Vertrauenspersonen.

Achtung, 6. Wahlkreis (Rosenthaler Vorstadt). Parteigenossen, die sich erboten haben, während der Wahlbewegung und am Tage der Wahl thätig zu sein, werden ersucht, am Donnerstag, den 8. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstr. 68, wegen einer Besprechung zu erscheinen.

G. Wigel, G. Selbig.

Aufruf. Achtung, Genossinnen! Da es uns unmöglich ist, noch eine Frauenversammlung bis zum 15. Juni abzuhalten, so ersuchen wir Euch, recht zahlreich die noch stattfindenden Wählerversammlungen zu besuchen. Mit sozialdemokratischem Gruß: Die Frauen-Agitationskommission.

Achtung! Friedrichsberg! Nachdem das Wahlkomitee wegen der Auslegung der Wählerlisten beim Landrath Beschwerde erhoben, hat derselbe verfügt, daß sie noch zwei Tage auszuliegen haben. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam mit dem Ersuchen, nunmehr schleunigst das Veräumte nachzuholen. Das Wahlkomitee.

Parteigenossen, welche gewillt sind, sich am Sonntag, den 11. Juni, einer Agitationstour nach Spandau anzuschließen, werden ersucht, sich am Donnerstag Abend bei Bernan, Rosenstraße 30, zu melden. Zahlreiche Btheiligung ist erwünscht.

Die von der Lokalkommission in der gestrigen Nummer gebrachte Notiz über den Kellner Herrn Ebert beruht, was seine Person betrifft, auf einem Irrthum. Wie sich herausgestellt hat, handelt Herr Ebert durchaus in gutem Glauben, da er, im Besitz einer ihm von Herrn Hans Baale mit auf den Weg gegebenen Legitimation, in der That annehmen mußte, daß die Lokalkommission ihre Zustimmung zu dem von Herrn Baale beabsichtigten Unternehmen gegeben habe.

Für den Stöcker einen Predigtsaal zu bauen, beschlossen seine Freunde, nachdem er sein Hospredigeramt niederzulegen sich veranlaßt sah. Das Geld kommt jedoch schwer zusammen, trotz der vornehmen und reichen Gönnerschaft Stöcker's. Noch fehlen 50 000 M. und die „Herzliche Bitte“ sein Scherflein für Herrn Stöcker beizutragen und es an ihn selbst zu schicken, dringt nicht nur in die Dachwohnung des ärmsten Arbeiters, sondern sogar in die Armenküche der „Charite“. Wir möchten dieses „groben Unfug“ nennen, wenn nicht der „fromme“ Zweck den größten Unfug heiligte.

Die Trunksucht soll jetzt auch durch die Schule bekämpft werden. Der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ hat an sämmtliche höchste Unterrichtsbedörden der deutschen Staaten eine Bitte um Förderung seiner Bestrebungen durch die Volks-, Mittel und höheren Schulen und durch die Universitäten gerichtet. Er beklagt in seiner Witschrift, daß der größte Theil der Erwachsenen über den wahren Werth der geistigen Getränke und über das Glend, das der Trunk hervorruft, schlecht unterrichtet sei; daß sich die Erwachsenen vielfach auch recht unempänglich für die ihnen gebotene Belehrung über diese Dinge erwiesen, weil sie sich in ihrer bisherigen Lebensweise nicht beunruhigen lassen wollten. Die Volksschüler, Seminaristen, Realschüler, Gymnasialisten und Studenten würden dagegen eine solche Aufklärung unbedingener und bereitwilliger annehmen. Der Verein wünscht daher: Abhaltung von Vorlesungen an den Universitäten über den Alkoholisimus, seine Ursachen, seine Gefahren und seine Bekämpfung; Vorträge oder Unterrichtsstunden darüber in den Lehrer-Bildungsanstalten, sowie in Gymnasien, Real-, Mittel- und Volksschulen; häufig wiederkehrende kurze Besprechungen einzelner Schäden des Trunkes, Einfügung zweckdienlicher Lesestücke in

die Lesebücher und entsprechende Rechenaufgaben in die Rechenbücher; Einstellung geeigneter Schriften in die Lehrer- und Schülerbibliotheken; Hinweis auf die Bestimmungen des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke. Daß der Verein sich mit seiner Belehrung und Aufklärung nicht bloß an die Volksschüler, sondern auch an die Schüler höherer Lehranstalten und an die Studenten wenden will, ist immerhin anzuerkennen. Bei den Studenten insbesondere dürfte er Veranlassung genug finden, sein Belehrungswort zu versuchen. Ob er damit viel Glück haben wird, ist freilich eine andere Frage. Was die Volksschüler anbetrifft, so möchten wir dem Verein raten, seinen Schülern auf ihrem Lebensweg auch ein Rezept gegen die Folgen harter Arbeit und schlechter Ernährung mitzugeben, die ihrer später einmal harter. Darte Arbeit und schlechte Ernährung führen eher zum Genuß des Branntweins und sind mehr an dem Mißbrauch geistiger Getränke Schuld als Unwissenheit oder Völlerei. Ob man das den Volksschülern in Vorkursen, Rechenaufgaben u. d. m. zu machen suchen wird?

Der Staat als Arbeitgeber wandelt dieselben Pläne wie der privatkapitalistische Unternehmer, und brüderlich reichen beide einander die Hand in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung durch Aufstellung schwarzer Listen. Vor uns liegt ein lithographiertes Schreiben an eine hiesige Fabrik, daß wir mit Fortlassung der Namen des Adressaten und des betreffenden Arbeiters wiedergeben:

Eisenbahn-Direktions-Bezirk Berlin.
Königliche Hauptwerkstätte.
Berlin, den 1. Juni 1893.

Vertraulich!

Der . . . hat sich hier um Beschäftigung beworben und ist am 1. Juni 1893 in die hiesige Hauptwerkstätte eingestellt worden. Wir ersuchen deshalb um gefällige Mitteilung ergebenst, wie das Verhalten des Genannten während seiner Beschäftigung bei Ihnen von . . . bis . . . gewesen ist, und ob er zu denjenigen Personen gehört, welche ihre Mitarbeiter zum Ungehorsam und zur Auflehnung gegen die bestehende Ordnung anzureizen, oder unter Verletzung des Arbeitsvertrages ihre bisherige Stellung verlassen haben.

Wir danken im Voraus für freundliche Mitteilung und versichern zu Gegenständen gern bereit zu sein.
Garber.

Deutschlich kann sich der Bourgeoisstandpunkt des Staates nicht kundgeben. Der Fabrikant sieht so ipso als Vertreter der bestehenden Ordnung da und kann den mißliebigen Arbeiter lennzeichnen als Feind desselben, und der Staat respektiert diese Meinung des Fabrikanten über die Gutmütigkeit des Arbeiters. Der Staat tritt so mit ein in den Kapitalisteneingriff und erkennt dessen schwarze Listen an. Das ist die Arbeiterfreundlichkeit des Staates der „Sozialreform“!

Auf dem Lehrter Bahnhof sollen Güterboden-Arbeiter unter Androhung der Entlassung gezwungen worden sein, anstatt wie früher 10 Stunden täglich jetzt und künftig zu einer verlängerten und noch dazu unbefristeten, d. h. unbefristeten Arbeitszeit zu arbeiten. Daneben soll die Abschaffung des Stundenlohnes und die Einführung des Akkordlohnes angekündigt worden sein. Wenn das wahr ist, so würde bei der vorgelommenen Reduktion des Personals die Operation wohl darauf hinauslaufen, fiskalische Ersparnis: auf Kosten der Arbeiter zu machen, die bedauerliche Maßnahme schlägt daher ganz in die bisher bei vielen preussischen Eisenbahn-Verwaltungen beliebte Profil. Inbessenen können wir eine Garantie für die uns gemachte Mitteilung vorläufig nicht übernehmen. Sollte sie nicht zutreffen, so würde es uns freuen. In anderen Fällen werden die Güterboden-Arbeiter wissen, daß sie gar nichts Bescheideres thun können, als am 15. Juni Mann für Mann ihre Stimmen den Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben, die allein dafür Garantie bietet, daß die Interessen der unteren Eisenbahnangestellten künftig mehr gewahrt werden, als dies jetzt geschieht.

Zu den Arbeitsverträgen leisten die Unternehmer das Meiste in der Feststellung ihrer Willkürherrschaft gegenüber dem Arbeiter. Dieser hat alle mögliche Garantie zu leisten, während er selbst sich vollständig dem guten Willen seines „Vorgesetzten“ preisgibt. Eine Muster-Arbeitsordnung hat die „Aktien-Gesellschaft für Möbeltransport und Aufbewahrung“ in der Neuenhoferstraße. Folgendes Protokoll hat jeder Arbeiter zu unterschreiben:

Vorgeladen gestellt sich heute bei der Aktien-Gesellschaft für Möbeltransport und Aufbewahrung:

Der bisherige (—), geb. am (—) zu (—), Kreis (—), seit (—) verheiratet, Vater von (—) Kindern, zur Zeit wohnhaft (—), im Militärverhältnis (Charge und Regiment), versichert, noch nicht bestraft zu sein, keine Schulden zu haben, und erklärt darauf:

Nachdem ich heute bei der Aktien-Gesellschaft für Möbeltransport und Aufbewahrung als (—) angestellt und eingetretten bin, bestätige ich die beiderseitigen Abmachungen des Anstellungsverhältnisses dahin:

§ 1. Ich bin verpflichtet, jederzeit den mir von meinen Vorgesetzten oder deren Stellvertretern aufgetragenen, zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Dienst unter Beobachtung der gegebenen oder noch zu gebenden Instruktion gewissenhaft zu verrichten und das Interesse der Gesellschaft nach bestem Wissen zu fördern.

§ 2. Die Gesellschaft soll berechtigt sein, mir jeder Zeit bei gleichem Gehalt eine anderweitige, meinen Fähigkeiten und meiner bisherigen Stellung entsprechende Beschäftigung anzuweisen, zu deren gewissenhafter Ausführung ich mich hiermit besonders verpflichte.

§ 3. Die strikte Befolgung der bestehenden oder noch zu erlassenden Disziplin-Ordnung gehört zu meinen ganz besonderen Dienst-Obliegenheiten.

§ 4. Die mir zugebilligte, am 15. und 1. jeden Monats zahlbare Löhnung beträgt (—) monatlich.

Auf die Löhnung habe ich für diejenigen Tage mit Markt und Pfennig keinen Anspruch, an welchem ich aus irgend einem, außerhalb des Willens der Dienstgeberin, liegenden Grunde keinen Dienst gethan habe. Für jeden Tag meines eigenmächtigen Wegbleibens vom Dienst verpflichte ich mich eine Konventionalstrafe von 1 bis 5 Mark zu zahlen, dessen Höhe die Direktion festsetzen hat.

Bei auswärtigen Möbelfahren erhalte ich pro Tag (Nächte werden nicht gerechnet) inkl. Stallgeld (—) Spesen. Die Spesen werden gerechnet von dem Zeitpunkt an, wo ich die Grenze Berlins verlasse, beziehentlich dieselbe wieder betrete.

Beim Ausscheiden aus dem Dienst habe ich alle mir anvertrauten der Gesellschaft gehörenden Gegenstände, Utensilien u. d. m. der Gesellschaft zurückzustellen und etwa fehlende oder muthwillig zuijnirte zu ersetzen.

§ 5. Da nicht allein aus meiner Weigerung zu einer Dienstleistung, sondern sogar schon aus der nicht gebührenden Erfüllung meiner Dienstobliegenheiten der Gesellschaft Nachtheile entstehen können, so verpflichte ich mich, für jeden Fall der Zuwiderhandlung der Gesellschaft eine Konventionalstrafe von 50 M. bis 100 M. zu zahlen. Die Höhe derselben soll die Direktion nach ihrem Ermessen festsetzen und den Betrag von der von mir gestellten Kaution abzuziehen berechtigt sein.

§ 6. Ich kann aus meiner Stellung täglich, auch nach geschehener Kündigung meinerseits, ohne Angabe des Grundes entlassen werden, und habe ich das verabredete Gehalt dann nur bis zum Tage und bis zu der Tageszeit zu fordern, bis zu welchem ich meinen Dienst wirklich versehen habe. Eine Lösung des Dienstverhältnisses

meinerseits kann nur gegen vorhergehende 14tägige Kündigung stattfinden. Bei Zuwiderhandlung meinerseits gegen diese Vereinbarung treten die Bestimmungen des Absatz 4 dieses Kontraktes in Kraft.

§ 7. Zu meinen Dienstobliegenheiten gehört, wie ich hiermit ausdrücklich anerkenne, die pünktliche und gewissenhafte Befolgung der bestehenden oder etwa noch zu erlassenden Bestimmungen des Straßenspolizei-Reglements und spreche ich der Direktion hiermit das Recht zu, mir jede, durch Nichtbefolgung einer polizeilichen Bestimmung für die Gesellschaft verwirkte Strafe von meiner Kaution in Abzug zu bringen.

§ 8. Sofern aus einer mir obliegenden Handlung oder Unterlassung der Aktiengesellschaft für Möbeltransport und Aufbewahrung ein Schaden entsteht, daß sie entweder daraus nach dem Gesetze Dritten zum Schadenersatz verpflichtet wird, oder ihr eigene oder fremde Vermögensgegenstände verloren gehen oder beschädigt werden, verpflichte ich mich ihr zum Tragen bezw. Ersatz eines solchen Schadens nebst den bei der Ermittlung desselben entstandenen Kosten aller Art, soweit die Gesellschaft durch den ihr nach § 5 zustehenden Antheil an der verwirkten Entschädigung nicht gedeckt ist. Ich stelle deshalb der Aktiengesellschaft für Möbeltransport und Aufbewahrung für diese von mir zu vertretende Konventionalstrafe, Schäden und Kosten eine Kaution, über welche eine besondere Empfangs-Bescheinigung ausgestellt wird.

Als Kaution zahle ich bei jeder Löhnung 250 M., bis sich 100 M. angesammelt haben.

§ 9. Sollte mir ein Vergehen gegen das Eigenthum der Gesellschaft, sei es Unterschlagung von Geldern, Verleumdung von Gegenständen, die der Gesellschaft gehören oder ihr zur Verwahrung übergeben sind, Eingriff in eine mir anvertraute oder sonstige Kasse der Gesellschaft und dergleichen seitens der Direktion nachgewiesen werden, so verfallt die von mir gestellte oder nachträglich ergänzte Kaution unweigerlich der Gesellschaft.

Die Kaution soll schon dann als Konventionalstrafe verfallen sein, falls mir eine Veruntreuung oder der Versuch einer solchen nachgewiesen wird, unbekümmert um die Höhe des Betrages.

§ 10. Ich bin nicht berechtigt, die Kaution während eines schwebenden Untersuchungs- oder Schadenersatzverfahrens, jedenfalls aber nicht vor einem Monat nach Beendigung meines Dienstverhältnisses zurück zu fordern, indem der Direktion diese Frist als geringste zur Feststellung etwaiger Dienstwidrigkeiten und Schadensansprüche bewilligt wird.

Sollte die Direktion wegen eines von mir mittelbar oder unmittelbar verursachten Schadens in Anspruch genommen werden, so soll die Kaution auf die Dauer dieses Rechtsstreites nicht abgesetzt werden können. Ich begehre mich ausdrücklich des Rechts, gegen alle obigen Bestimmungen auf gerichtlichem Wege Einspruch zu erheben.

Gelesen, genehmigt, unterschrieben.

Druckfehler kann die volle Rechtlosigkeit des Arbeiters nicht ausgesprochen werden als in dieser Arbeitsordnung, in welcher der Arbeiter sich sogar noch ausdrücklich des Rechts, auf gerichtlichem Wege Einspruch zu erheben, bezieht. Auf Gnade und Ungnade giebt er sich der Willkür des Unternehmers Preis. Uebrigens dürfte dieser Arbeitsvertrag noch manchen Bedenken betreffs seiner Billigkeit unterliegen und werden wir auf denselben noch zurückkommen.

Aus Spandau erhalten wir folgende Zuschrift des Direktors der Artilleriewerkstatt:

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes und mit Bezug auf die in der Zeilung zu Nr. 121 des „Vorwärts“ abgedruckte Nachricht „Aus den Spandauer Musterwerkstätten“ ersuche ich um Aufnahme der nachstehenden Berichtigung:

1. Es ist unwar, daß in der Artilleriewerkstatt Spandau das Reinigen der Kälberhaare nur durch Schlagen auf einer gewöhnlichen Haarschneide erfolgt. Es ist vielmehr zu diesem Zwecke seit Jahren auch eine Haarschneidemaschine im Betriebe.

2. Es ist unwar, daß Unwohlsein und Erbrechen u. d. m. mit der Reinigung des Polstermaterials in der Sattlerei beauftragten Arbeiter zu den Alltagsarbeiten gehört. Nach Angabe des Kasernenarztes, wie der aufsichtführenden Personen sind derartige Fälle bisher nicht beobachtet worden.

3. Es ist unwar, daß der Arbeiterauschuss kürzlich, seine Zwecklosigkeit einsehend, sein Amt niedergelegt hat.

Der Arbeiterauschuss besteht in voller Wirksamkeit und haben die Mitglieder nach einer hier vorliegenden Meldung des Vorsitzenden sich dahin geäußert, daß sie das feste Eingehen der Direktion auf die Wünsche des Ausschusses in dankbarer Weise anerkennen.

Weder,
Oberst und Direktor.

Die Kuffte, daß die Begleiter von Möbelfuhrwerken ihre Weine aus den Wagen herabhängen lassen, hat vorgestern einen schweren Unfall zur Folge gehabt. Der Arbeiter Richard Hoffmann sah in der angegebenen Weise bei einer Fahrt durch die Vinsstraße und Hoffmann gerieth mit einem Weine zwischen dem Wagen und einem Laternenpfahl. Das linke Bein wurde derart stark gequetscht, daß es fraglich erscheint, ob die Heilung sich ohne Abnahme des Gliedes in der Charité wird bewerkstelligen lassen.

Einem eigenartigen Unglücksfall ist der zwölfjährige Paul Weidner, Friedrichsberg, Friedrich Karlstr. 14 bei den Eltern wohnhaft, zum Opfer gefallen. Der Knabe spielte mit Altersgenossen am vorgestrigen Vormittag in der Frankfurter Allee und fand dort eine geringe Quantität gebranntem Kalk; die Jungen kamen auf die Idee, denselben in eine halb mit Wasser gefüllte Bierflasche zu werfen, dieselbe zu verstopfen und den Inhalt gehörig zu schütteln. Als bald begann der Kalk zu kochen, die sich in dem hermetisch verschlossenen Gefäß entwickelnden Gase fanden keinen Abzug und unter heiligem Knall explodirte die Flasche. Neugierig hatten sich die Kinder vorher über das Gefäß gebeugt und so geschah es, daß mehrere derselben von den Splittern und dem brennenden Kalk getroffen wurden. Namentlich schwer verletzt wurde Paul W., der an den Händen und im Gesicht erhebliche Brandwunden erlitt und nach dem Krankenhause Friedrichshain überführt wurde.

Eine folgenschwere Verwechslung hat Montag Abend den Tod eines jungen Mädchens herbeigeführt. Das 25 Jahre alte Dienstmädchen Auguste Schmidt, Neus Mähenstraße 50, hatte die Absicht, ein Brausepulver zurecht zu machen und verwandte dazu den Inhalt einer Lärte. Sofort stellten sich bei ihr die Folgen einer Vergiftung ein und sie wurde schwerkrank in die Charité gebracht. Verzügliche Hilfe erwies sich aber als zu spät, die Schmidt starb bald nach ihrer Einlieferung. Vor ihrem Tode hat sie noch kurz angegeben vermocht, daß ihrem Zustande eine Verwechslung zu Grunde liege. Der ärztliche Befund lautet auf Vergiftung durch Phosphor, obgleich die Schmidt Kieselglas genommen zu haben angegeben hatte.

Wegen Körperverletzung war gegen das Dienstmädchen Witkowska anlässlich einer am 12. März passierten Affäre, über welche auch wir seinerzeit berichteten, das staatsanwaltschaftliche Verfahren eingeleitet worden. Die Untersuchung der Angelegenheit hat jedoch für ein strafrechtliches Einschreiten keinerlei Anhalt gegeben, so daß das Verfahren gegen Fräulein Witkowska eingestellt worden ist.

Im Admiralsgarten-Bade an Herzschlag gestorben ist vorgestern Nachmittag gegen 6 1/2 Uhr der Rentner Kammerich, Pallaststr. 26. Als er sich in einer Zelle entscheiden wollte, sank er plötzlich tod zusammen. Auf gleiche Weise ward vorgestern Nachmittag um 4 1/4 Uhr in der Gastwirtschaft von Rosenow,

Zebdenkerstr. 21, der Schneider Wilhelm Wendt, Daldorferstraße 40. Er hatte kaum das Billardzimmer betreten und sich auf einen Stuhl gesetzt, als er vom Tode ereilt wurde.

Am Montag Morgen 5 Uhr sah ein Arbeiter einen älteren Mann scheinend schwer erkrankt in der Anlage an der Gwaldstraße liegen und brachte ihn zu dem postirenden Wächter, damit dieser für weitere Hilfe sorge. Ehe jedoch noch der Transport nach einer Krankenanstalt veranlaßt wurde, war der Kranke bereits auf der Straße liegend gestorben.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Vormittags wurde eine 86 Jahre alte Frau vor dem Hause Wäckerstr. 23 durch einen Geschäftswagen überfahren und am Kopfe so bedeutend verletzt, daß sie nach dem Krankenhause am Urban gebracht werden mußte. — Bei der Aufstellung eines Leiterngerüsts vor dem Hause Blumeshof 9 stürzte Nachmittags ein Arbeiter aus dem vierten Stock auf den Bürgersteig hinab und verlor bald darauf im Elisabeth-Krankenhause. — Abends wurden ein Zimmermann auf dem Boden des Hauses Landsbergerplatz 2 und eine Frau auf dem Boden des Hauses Saarbrückerstr. 6 erkängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Kammer IV, Sitzung vom 3. Juni. Gegen den Besitzer des Hotels Bristol (Ublig) klagte der Tischler Klus; er beanspruchte eine Entschädigung dafür, daß er ohne Kündigung entlassen wurde, wo er auf 14tägige Kündigung Anspruch zu haben glaubte. Der Beamte des Hotels, welcher ihn engagirt hatte, behauptete, das Engagement sei nur ein auf probeweise Beschäftigung mit Ausschluß einer Kündigungsfrist gewesen. Der Kläger bestritt die mündliche Abmachung betreffs Kündigungsausschlusses und berief sich auf eine 14 Tage nach seiner Annahme auch von ihm unterschriebene Haus- oder Geschäftsordnung, in welcher nichts von einem Fortfall der gesetzlichen Kündigungsfrist steht. Das Gericht erkannte gemäß dem Antrage des Klägers, in der Annahme, die etwaige mündliche Abrede sei geändert durch den Vertrag, in dem nichts vorgehen sei, wodurch die Kündigung ausgeschlossen wäre; eine schriftliche Abmachung habe aber nach dem Gesetze eine vorher erfolgte mündliche auf. — Der Tischler Kranz war klagar geworden gegen die Firma Simon u. Komp., weil, wie er angab, mit ihm keinerlei Abmachung getroffen wurde, nach der keine Kündigung gelten sollte, und er trotzdem plötzlich entlassen worden sei. In der Arbeitsordnung der Firma steht zwar, daß Kündigung ausgeschlossen sei, aber auch, daß die Arbeitsordnung die Stelle eines Vertrages ersetze, der mit ihrer Uebereinstimmung an den Arbeiter in Kraft trete. Ihm sei eine solche Arbeitsordnung nicht überreicht worden. Meister Kunze als Zeuge der Beklagten sagte aus, er hätte zu Kranz und einem Kollegen desselben gesagt: Kündigung ist ausgeschlossen, da hängt die Arbeitsordnung, sehen Sie sie sich an. Der ebenfalls als Zeuge geladene betreffende Tischler erklärte, die Aeußerung Kunzes' deutlich gehört zu haben, während der Kläger behauptete, daß er, der seine Bank unweit der des Zeugen hatte, sie nicht vernommen habe. Das Gericht erkannte: Nicht ohne weiteres habe als erwiesen angenommen werden können, daß die Arbeitsordnung in der richtigen Weise bekannt gemacht wurde. Dem Kläger sei deshalb der Eid aufzuerlegen, daß er nach sorgfältiger Prüfung und Erfundigung zu der Uebereinstimmung gelangt wäre, ihm sei von Meister Kunze nicht gesagt worden, Kündigung sei ausgeschlossen. Besteit der Kläger den Eid, dann sei die beklagte Firma zur Zahlung von 42 M. verpflichtet, leiste er ihn nicht, werde er mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Zur Eidesleistung wurde ein neuer Termin anberaumt.

Als Kasamität hat sich herausgestellt, daß in den ersten Terminen, den Vergleichsterminen, oft Leute mit Vollmachten kommen, die wohl zur allgemeinen Vertretung der betreffenden Parteien, aber nicht zum Abschluß von Vergleichsbedingungen. Es würde sich empfehlen, in der Vollmacht den Prozeßvertreter zu vergleichen zu ermächtigen. Dadurch ließe sich gerade in sehr zweifelhaften Fällen das Verfahren abkürzen, was oft im Interesse beider Parteien liegt.

Reichsgericht. Leipzig, 5. Juni. (Einzum dritten Male aufgehobenes Urtheil.) In der Magdeburger „Volkstimme“ erschien am 9. August 1891 ein „Pariser Brief aus dem Tagebuche einer Erziehlerin“, in welchem von „Pflanzengärten“ die Rede war und die Kirche eine „widewärtige Institution“ genannt wurde. Verantwortlich waren damals Dr. Luz für den politischen, Köster für den übrigen redaktionellen und der Verleger Wilhelm Meyer für den Inseraten-Theil. Jener Artikel, in welchem die Kriterien des § 166 (Beschimpfung der christlichen Kirche u. s. w.) gefunden wurden, gehörte zu dem Theile, welchen Köster zu verantworten hatte. Da er aber inzwischen nach dem Auslande (der Schweiz) abgereist war und sich nicht mehr im Bereiche der deutschen richterlichen Gewalt befand, so wurde der Verleger Meyer angeklagt und auf Grund des § 21 des Preßgesetzes wegen straflässigen Vergehens gegen § 166 vom Landgerichte Magdeburg zu einer Geldstrafe verurtheilt. Das Reichsgericht hob dieses Urtheil auf mit der Begründung, daß der Verleger nicht ohne weiteres verpflichtet sei, den Inhalt der Zeitung zu lesen und zu prüfen, daß es hierbei vielmehr auf die konkreten Verhältnisse ankomme. Das zweite Magdeburger Urtheil wurde aufgehoben, weil der Verteidiger nicht geladen war, nebenbei wurde aber auch darauf hingewiesen, daß das Urtheil materielle Bedenken erzeuge. Am 5. April d. J. hat nun das Landgericht Magdeburg den Angeklagten Meyer zum dritten Male zu der früheren Strafe verurtheilt. In den Gründen wurde gesagt, Meyer hätte die Pflicht gehabt, dem von ihm angestellten Köster besonders auf die Finger zu sehen, da derselbe eine spitze Feder führe und schon mehrmals mit dem Gesetze in Konflikt gekommen sei. Seine, Meyer's, Beschäftigung habe ihm noch soviel Zeit gelassen, daß er die Redaktionshätigkeit Köster's noch habe überwachen können. Auf die Revision Meyer's wurde heute das dritte Strafkammer-Urtheil, von dem der Reichsanwalt Schumann sagte, es könne ihm keine besonders gute Begründung nachgerühmt werden (ohne daß er indessen für die Revision eintretet), wiederum vom Reichsgericht aufgehoben, weil eine frühere Entscheidung des Reichsgerichts über die Theilung der Verantwortlichkeit nicht vom Landgerichte beachtet worden sei und weil begründete Zweifel beständen, ob das Urtheil nur auf der Beweisannahme der letzten Hauptverhandlung beruhe.

Der Tagameter vor Gericht. Die vielumstrittene Frage, ob der neue Fahrpreis-Anzeiger für Droschken thatsächlich alle jene vortrefflichen Eigenschaften besitz, welche ihm seitens seiner Anhänger nachgerühmt werden, wird nunmehr demnach zur gerichtlichen und damit hoffentlich endgiltigen Entscheidung gelangen und zwar in Verfolg eines Prozesses, der bereits das Schöffengericht beschäftigt hat. Es handelt sich um eine Anzeige des Fuhrherrn Grassow gegen den Droschkenfürher Schneider wegen Betruges. Schneider soll nämlich nach Aussage des Grassow mit der bei ihm gefahrenen Tagameter-Droschke eines Tages 7.80 M. verdient, aber nur 5.80 M. abgeliefert, ihn somit um 2 M. betrogen haben. Schneider bestritt dagegen, mehr als 5.80 M. verdient zu haben und behauptete, daß die Differenz von 2 M. in der unrichtigen Funktionirung des Tagameter ihren Grund habe. Demgegenüber bekundete Grassow eidlich, daß der Tagameter immer genau und richtig funktionirt habe und auch noch funktionirt. Das Schöffengericht verurtheilte daraufhin Schneider zu einer Geldstrafe von

15 M., nur verführten Betrug annehmend, da Schneider an Großmutter später die 2 Mark gezahlt habe. Gegen dieses Urteil legte Schneider Berufung ein und wurde ihm seitens des Vereins Berliner Droschkenfahrer Herr Rechtsanwalt Dr. Friedmann als Verteidiger zur Seite gestellt. In dem hierauf stattgehabten Termine kam es indessen nach stattgehabter Beweisaufnahme dennoch zu keiner Entscheidung. Zwar beantragten sowohl Verteidiger wie Staatsanwalt Freisprechung, weil es als erwiesen anzusehen sei, daß der Taxameter so ungenau und unrichtig funktioniert, daß daraus eine Verurteilung des Angeklagten nicht erfolgen könne. Entgegen diesen beiderseitigen Anträgen beschloß der Gerichtshof jedoch über die Funktionierung der Taxameterapparate weiteren Beweis zu erheben durch Vernehmung des Direktors Wubasch der Taxameter-Fabrik, des Fuhrherrn Joh. Streun (Vorstandsmittglied des Vereins Berliner Droschkenfahrer) sowie der Kutscher, welche die an Taxameter-Droschke vor und nach dem Angeklagten gefahren haben.

Unbegreiflich leichtsinniges Umgehen mit einer Schutzwaffe führte gestern den 15-jährigen Ober-Tertianer Billy Guth unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor die 130. Abteilung des Schöffengerichts. Der Angeklagte hatte von seinem Vater, einem in der Potsdamerstraße wohnhaften Weinhändler, eine Windbüchse als Geschenk erhalten. An einem Markttag machte er mit dem neuen Instrument auf dem Hofe Schießübungen. Der Hof wird nach der Rückseite von einem Quergebäude eingeschlossen, dessen zweites Stockwerk von dem Sanitätsrat W. bewohnt wird. Als das Dienstmädchen des letzteren an dem geöffneten Fenster erschien, um eine Decke auszulassen, fiel es dem Angeklagten ein, seine Schutzwaffe gegen das Mädchen zu richten. Er drückte ab und traf. Das kleine Bleigeschoss traf das Mädchen dicht über dem linken Auge. Es drang so tief in die Haut ein, daß es erst nach längerem Bemühen entfernt werden konnte. Der Angeklagte entschuldigte seine unüberlegte Handlungsweise damit, daß er die Tragfähigkeit der kleinen Waffe unterschätzt habe. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte unablesbares Unglück hätte anrichten können, eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, während der Verteidiger, H. A. Wronker, bat, es bei einem Verweise zu belassen. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M. und Einziehung des gefährlichen Spielzeugs.

Der Einbruch in die Synagoge am Grünen Weg, der am Abend des ersten Oster-Freiertages stattfand, gelangte gestern zur Kenntnis der neunten Strafkammer des Landgerichts I. Als Täter waren der Hausdiener Joseph Wiener, der Gerber Karl Schäffler, der Müller Paul Busche und der Arbeiter Rudolf Becker ermittelt worden. Es wurde durch die drei letztgenannten übereinstimmend behauptet, daß Wiener, der als Jude die Synagoge wiederholt besucht hatte und die dortigen lokalen Verhältnisse kannte, sie auf die günstige Gelegenheit zum Stehlen aufmerksam gemacht hatte. Becker hatte die Rolle des Aufpassers gespielt, während Schäffler und Busche die That ausführten. Sie überstiegen das Gitter, welches das vereinzelte und freilegende Gebäude umgibt, drückten eine Fenster-scheibe ein und gelangten auf diese Weise ins Innere. Nach der Anweisung, die Wiener den Dieben gegeben, wandten sie sich zunächst dem Opferstock zu, den sie erbrachen, aber leer fanden. Dann erbrachen sie einen Behälter, der die zum Gottesdienste gebrauchten Silbergeräthe enthielt. Sie fanden reiche Beute, deren Werth auf 900 M. angegeben wird. Einen Reih hatten die Diebe aber von der That nicht, denn als sie die Gegenstände verschiedenen Trödlern zum Kauf anboten, erklärten diese wertwürdiger Weise, daß das Metall unecht und deshalb wertlos sei. Um sich der Gegenstände zu entledigen, warf Schäffler dieselben in die Müllgrube eines Grundstücks in der Landberger Allee. Hier wurden sie von einem Müllwischer gefunden, der sie bei einem Trödlere verkauft und zu seiner freudigen Ueberraschung 35 M. erhielt. Die Angeklagten erwiehlten durch ihr Geständnis mildernde Umstände, Wiener wurde zu einem Jahre Gefängnis, Schäffler, Busche und Becker wurden zu je 2 Jahren Gefängnis und vierjährigem Ehrverlust verurteilt.

Soziale Uebersicht.

Wie der Bruder Bauer von den Konservativen behandelt wird. Ein Ober-Hofmarschall, Graf u. s. w. hat, wie das „Sächs. Volksblatt“ berichtet, 18 Bauern beim Landgericht verklagt, um ihnen das Recht zur Fischerei in der Stadt Fischpau, das die Bauern schon seit 50, 40 und noch mehr Jahren ausüben, streitig zu machen. So sorgen die Großgrundbesitzer für die kleinen Leute! Aber deren Stimmen am Wahltag mögen sie gleichfalls nicht missen. Da heißt's: „Bruder Bauer! Bruder Bauer!“

Die alten Maximen, die in staatlichen „Musterwerkstätten“ geübt werden, werden durch einen Artikel gut beleuchtet, den die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Ztg.“ veröffentlicht. Er lautet in seinem wesentlichen Theil:

Eine Stahlfurter Bekanntmachung.

Abschrift eines Zeitungsausschnittes.
(1. Absatz.) Kameraden von Stahlfurter und Umgegend! Im September findet auf den städtischen Werken die Wahl des Arbeiterausschusses statt. Es ist hierbei die Pflicht der Kameraden, nur solche Leute zu Vertrauensmännern zu wählen, welche man genau kennt und die das volle Vertrauen besitzen, daß sie die Interessen der Kameraden an maßgebender Stelle energisch vertreten und die in erster Linie dem Verband der deutschen Bergleute angehören. Kameraden, einigt Euch jetzt schon darüber, welche Ihr als Kandidaten aufstellen wollt, und dann überall mit Wort und That für dieselben eingetreten, damit nur solche Vertrauensleute bei der Wahl durchkommen, die ganz entschieden auf Seite der Kameraden stehen und weit entfernt davon sind, durch diese Wahl eine bessere Lage für sich zu schaffen und im übrigen das Vertrauen ihrer Kameraden zu mißbrauchen. —

(2. Absatz.) Es muß den Vertrauensmännern zur Pflicht gemacht werden, dahin zu streben, daß 1. die Gradabzeichen, welche nur zur Uneingekleidet der Bergleute gebraucht worden sind, abgeschafft werden und 2. die geregelte achtstündige Schicht eingeführt wird. Mehrere Kameraden, Wähler und Mitglieder der Jahreshilfe Stahlfurter.
(Zusatz.) Vorstehender Zeitungsausschnitt wird hierdurch zur Kenntnis der Belegschaft gebracht mit dem Hinzufügen, daß darauf Bedacht genommen werden wird, Arbeiter, welche es sich zur Aufgabe machen oder welche sich daran beteiligen, ihre Kameraden oder die Maßnahmen ihrer vorgesetzten Behörden in der schmachlichen Weise, wie oben gesehen, zu verdächtigen und dadurch Unfrieden zu stiften, durch Kündigung aus der Belegschaft zu entfernen. Stahlfurter, den 13. September 1892. Königliche Berginspektion. (Name unleserlich.)

Ein Bergmann, der seiner Menschewürde eingedenk ist, wird nach solcher unehrlicher Behandlung wissen, daß er am 15. Juni n. J. für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen kann.

In dem „patriarchalischen“ Verhältnis zwischen Großgrundbesitzer und Arbeiter gab eine Verhandlung, welche am 24. Mai vor dem Bundesamt für das Pelmathwesen stattfand, eine neue Illustration. Auf dem Gute des Grafen Scharneck in Sietowo waren viele Jahre die Obelente Schimantke beschäftigt gewesen. Als ihre Kräfte fast aufgebraucht waren, wurde ihnen bedeutet, Sietowo zu verlassen. Sie zögerten, diesen Befehl zu erfüllen, da sie nicht wußten, wo sie in ihren alten Tagen ein Unterkommen finden sollten. Der Herr Graf verstand aber keinen

Spaß, und bald lag die Familie auf der Straße! Der Mann überlebte den Schlag nicht lange, die Frau, welche über 70 Jahre alt ist, begann nun ein unglückliches Leben zu führen. Einer Tochter der Ermittler, welche jung und kräftig war und deshalb noch ausgebeutet werden konnte, war gestattet worden, in Sietowo zu bleiben. Mutter und Tochter hegten zu einander große Zuneigung. Die Mutter war bei der Tochter so oft und so lange als irgend möglich in Sietowo zum Besuch. Dort hatte die alte Frau ihren Unterstüchtungswohnsitz; damit sie ihn aber nicht behalte, wurde ihr streng untersagt, sich in Sietowo sehen zu lassen!! Trotz dieses Verbots lehrte aber die Greisin, sobald sie aus Sietowo fortgetrieben war, immer wieder zur Tochter zurück und hielt sich dort heimlich auf. Gegen 6 Jahre führte die alte Frau ein solch unglückliches Leben. Zuletzt aber wurde selbst des Nachts die Wohnung ihrer Tochter durchsucht und dann die alte Frau fortgetrieben. Nun fiel sie der Stadt Schmiegel „zur Last“. Dort wurde sie unterstücht. Sietowo weigerte sich aber, das Geld zu erheben, da die Unterstüchtung ihren Unterstüchtungswohnsitz in Sietowo schon lange verloren habe. Der Bezirksauschuss Posen war derselben Meinung und wies den Kläger ab. Gegen diese Entscheidung legte die Stadt Schmiegel erfolgreich Berufung ein. Das Bundesamt hob das Urteil des Bezirksauschusses Posen als verfehlt auf und verurtheilte Sietowo nach dem Klage-Antrage. Es wurde angenommen, daß die alte Frau sich durch die häufige Rückkehr zur Tochter in Sietowo den Unterstüchtungswohnsitz erhalten habe, indem sie trotz der widrigsten Umstände stets die Absicht zeigte, in Sietowo dauernd zu bleiben.

Veranstaltungen.

Die sozialdemokratische Versammlung für den ersten Wahlkreis, in welcher Herr von Egidy kürzlich seine Ideen verständlich zu machen suchte, fand am Montag im Feuersteinischen Lokal ihre Fortsetzung. Herr v. Egidy war jedoch nicht anwesend; der Referent des Abends, Reichstags-Kandidat August Lätzerow, mußte daher den Kampf gegen den Mann des Einigen Christenthums führen, ohne daß dieser ihm persönlich gegenübertrat. Unter dem Beifall der Versammlung wußte Lätzerow darzulegen, daß ein unklarer Philanthropismus, wenn er überhaupt zur Geltung käme, in unserer auf allen Gebieten kampferregten Zeit höchstens die endgiltige Entscheidung des Kampfes verzögern könne. Wer aus der kapitalistischen Misere heraus wolle, der dürfe sich nicht schüchtern, wenn auch noch so gut gemelter Geisteschwärmer hingeben, sondern müsse erst und konsequent Farbe bekennen und dies könne nur geschehen durch den Anschluß an die sozialdemokratische Arbeiterpartei. In der Diskussion sprachen Kamrau, Wegner, Köhler und Burdard im Sinne des Referats, moogen Herr Feder als „unabhängiger“ seine bekannte Stellung einnahm und von den vorgenannten Genossen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er und seine Gleichartigen mit der üblichen Propaganda nur für diejenigen arbeiten, die sie energischer als die Sozialdemokraten zu bekämpfen vorgeben, die Reaktionen jeder Schattierung. Nachdem die Versammlung eine entsprechende Resolution angenommen hatte, wurde zur Sprache gebracht, daß die Arbeiter vielfach noch bürgerliche Blätter lesen, statt auf das sozialdemokratische Organ zu abonnieren. Auch wurde zur regen Theilnahme an den Wahlarbeiten aufgefodert.

Fünfter Wahlkreis. Die Wählerversammlung, welche am 5. Juni im großen Saale des Bödow'schen Brauerei-Anschlusses stattfand, hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen. Trotz der im Saale herrschenden fürchterlichen Hitze lauschten die Versammelten, unter denen sich auch eine größere Anzahl Frauen befand, mit regem Interesse den Ausführungen unseres Genossen Vogt her, der als Referent erschienen war. In zweistündiger trefflicher Rede, die oft von lebhaften Beifallsbezeugungen unterbrochen wurde, veranschaulichte derselbe die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. Mit beizendem Sarkasmus und wohlangebrachtem Spott behandelte er die zweideutigen und ungewissen Mittel, welche jetzt im Wahlkampf von offiziösen und nichtoffiziösen „Begründern“ der Nothwendigkeit der Heeresvermehrung angewandt werden, bloß um die Militärvorlage dem Volke mundgerecht zu machen. Damit das Auge auch etwas habe, zeigte Vogt her dem andächtigen Zuhörerstreife einen jener neulichen Bilderbogen, die Produkte der genialen Agitationskunst konservativer Demagogie sind und auf Generalunkosten hergestellt werden. Das homerische Gelächter der Versammlung bewies zur Evidenz, daß die schwarzen und rothen Striche auf dem präsentierten Blatt ihr blasse Furcht eingestöhrt vor der Uebermacht der Franzosen und Russen. Nachdem er auch den Freisinn bezug den bürgerlichen Liberalismus seiner freihändlerischen Hülle entledigt und ihn in seiner ganzen kapitalistischen und zeitweilig militärischen Nacktheit gezeigt hatte, ging Redner zu einer kurzen Marlegung der sozialdemokratischen Prinzipien über. Zum Schluß richtete er an die begeisterte mit stürmischen Beifall antwortende Versammlung den Wunsch, nur dem Mann aus dem Volke, dem Arbeiter Robert Schmidt die Stimme zu geben und nur für ihn zu agitieren. An der Debatte theilnahmen sich die Genossen Bernicki, Guttman, Reuhaus, Philipp, Schill und Tabbide. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Referat des Genossen Vogt her einverstanden. Sie sieht ein, daß die heutige privatkapitalistische Gesellschaft nur einigen wenigen alle Genüsse des Lebens theilhaftig werden läßt, welche sich durch Kapital in den Besitz der Arbeitsmittel setzen können. Sie erklärt, daß nur dann eine Besserung der Lage des nichtbesitzenden Volksheiles eintreten kann, wenn alle Arbeitsmittel sowie der Grund und Boden Gemeingut aller geworden. Die Versammlung verpflichtet sich, dadurch Protest einzulegen gegen die heutige Gesellschaftsordnung, daß sie am Wahltag ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten Robert Schmidt giebt.“ Mit einem donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Wählerversammlung tagte am 5. d. M. im 5. Wahlkreise. An der Hand eines freisinnigen Flugblattes beleuchtete Kaufmann Borchardt in anschaulichster Weise die arbeitereindlichen kapitalistischen Bestrebungen der freisinnigen Partei und ihres Kandidaten im 5. Wahlkreise, des Oberbürgermeisters Dr. Baumbach. Zum Schluß seines mit alseitigem Beifall aufgenommenen Vortrages forderte der Redner die Versammlung unter drausendem Beifall auf, am 15. Juni den Arbeiter Robert Schmidt zu wählen. Die gut besuchte Versammlung befandete nach einer interessanten Diskussion ihre Willensmeinung durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung erklärt nach Anhörung eines Vortrages des Genossen Vorchardt sich vollständig mit den Ausführungen desselben einverstanden und verpflichtet, mit allen Kräften für die Wahl eines wahren Volksreferenten, des Kandidaten der Sozialdemokratie, Robert Schmidt, einzutreten. Ferner macht es sich die Versammlung zur Pflicht, überall, wo sich nur immer die Gelegenheit dazu bietet, für die Verbreitung der Ideen der Sozialdemokratie zu wirken in dem Bewußtsein, daß der Noth und dem Elend, sowie der geistigen wie physischen Knechtschaft der großen Masse des Volkes nur dann ein Ende bereitet werden kann, wenn der heutige Klassenstaat mit seinen verunftwärtigen Einrichtungen durch eine freie sozialistische Gesellschaft ersetzt wird.“ Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

In Nixdorf sprach am 5. Juni Reherau in einer öffentlichen Wählerversammlung über die bevorstehenden Reichstagswahlen und erntete reichen Beifall. Anwesende Gegner meldeten sich trotz eindringlicher Aufforderung nicht zum Worte. Nachdem

noch Morbs, Schenk, Schröter, Frau Fahrenwald und Steinmar die Ausführungen des Referenten ergänzt hatten, gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, wodurch sich die Versammlung verpflichtete, mit allen Kräften für die Wahl Jubel's einzutreten. Zum Schluß ermahnte Fischöder speziell die jüngeren Genossen, den Wahltag als Feiertag zu betrachten und sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen.

Auf dem „Spandauer Volk“ fand am 31. Mai eine Wählerversammlung für Spandau statt, in welcher Näher über die bevorstehenden Wahlen referirte. Die Aufforderung desselben, am 15. Juni keinem anderen Kandidaten, als dem Genossen Vernaui die Stimme zu geben, um damit gegen die gesammte heutige Gesellschaftsordnung zu manifestieren, wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen. Begner meldeten sich nicht zum Wort. Unter donnernden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und dem Gesang der Marzellaise begaben sich die circa 1200 bis 1400 Anwesenden, unter denen viele Frauen waren, auf den Heimweg.

Deutsch-Wilmersdorf. Am Sonntag sprach hier Doktor Zadel in einer öffentlichen Wählerversammlung über die bevorstehende Reichstagswahl. Dem mit drausendem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine interessante Diskussion, in welcher ein Herr Pringall als verzückter Bismardverehrer und gleichzeitig als eifriger Anhänger der Militärvorlage debutierte. Sowohl durch den Referenten als auch durch die Genossen Gebhard Behrend, Luck und Orlo wurde dem Herrn bewiesen, daß der Militarismus der Kultur zum Verderben gereicht. Nachdem eine im Sinne des Vortrages gehaltene Resolution angenommen war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im Rathhaus zu Friedebau tagte am Donnerstag, den 1. Juni, eine öffentliche Reichstags-Wählerversammlung, welche so stark besucht war, daß die Tische aus dem Saale entfernt werden mußten. Trotzdem mußten viele wieder umkehren und viele hatten im Garten an dem geöffneten Saalfenster Aussicht genommen. Das Referat hielt unser Kandidat Fritz Jubel. Derselbe entledigte sich seiner Aufgabe in einem 1 1/2 stündigen mit drausendem Beifall aufgenommenen Vortrage. In der Diskussion stellte sich ein Herr Wittling als ein sozialistisch angehauchter Konservativer vor, er führte aus, daß die Sozialdemokratie zwar kritischen könne, aber nicht Praktisches leiste. Die Sozialdemokraten hätten im Reichstage noch keine Vorschläge für das Wohl der Bevölkerung gemacht (?). Weiter kam der Herr auf die Genossenschaftsbäckerei in Berlin zu sprechen und meinte, daß er hieran sehr, daß es mit dem sozialdemokratischen Wollen und Können nichts sei, denn die Bäckerei sei nicht leistungsfähig genug. Zum Schluß wünschte er aber doch, daß recht viele Sozialdemokraten in den Reichstag kämen, damit er auch etwas vom sozialdemokratischen Zukunftsstaate erlebe. Der Herr wurde von unseren Genossen Kaspar und Jubel treffend abgefertigt. Eine Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und die Anwesenden verpflichtete, für die Wahl unseres Kandidaten Fritz Jubel am 15. Juni mit aller Kraft einzutreten, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Alt-Wolken fand am Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags eine öffentliche Wählerversammlung in der Wohnung des Genossen Veit statt, da ein Saal nicht aufzutreiben war. Rusterhaft war die Haltung und Ausdauer der über 250 Erschienenen, die Kopf an Kopf gedrängt in den Wohnräumen sowohl als auch an den geöffneten Fenstern im Garten, sowie auf der Straße standen, trotz der kaum erträglichen Hitze, die in den Räumen entstand. Der Landrath Freiherr von Mantaußel und der Rittergutsbesitzer Geißler waren herzlich eingeladen, jedoch war nur letzterer erschienen. Näher referirte in zweistündiger Rede über die bevorstehenden Reichstagswahlen unter großem Beifall der Versammelten. In der Diskussion wärmten Kaufmann Bilz und Rittergutsbesitzer Geißler die alten Feinde von Theilen und der Weibergemeinschaft wieder auf. Geißler war noch besonders besorgt darum, daß ihm im sozialistischen Staat niemand mehr die Stiefeln putzen werde. In ausführlicher Weise widerlegte der Referent beide Gegner und der wiederholte drausende Beifall bewies, daß die Ausführungen des Referenten von durchschlagendem Erfolg begleitet waren. Die Gegner verloren auch allen Muth zu einer nochmaligen Entgegnung. Unter donnernden Hochs auf die Sozialdemokratie und dem Gesang des Liedes „Wer schafft das Gold zu Tage“ trennten sich die Versammelten.

Eine Wanderversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend tagte am 4. Juni er. im Victoria-Saal, Berlebergerstr. 13. Angefichts des mäßigen Besuches der Versammlung wurde vom Vortrage Abstand genommen und zur Wahl eines Hilfsreferenten für Moabit gesaritten. Gewählt wurde Kollege Jämer, derselbe lasst bei Aug. Holzbacher, Dresdnerstr. 3. Zu Verschiedenem führte Blaurock an, unter den Maurern werde zum theil behauptet, daß während der Wahlbewegung die Gewerkschaftsbewegung ruhen müsse. Diese Anschauung sei vom Standpunkt eines auf dem Boden der modernen proletarischen Bewegung stehenden Arbeiters durchaus verwerflich, denn die Gewerkschaftsbewegung soll ja diejenigen, die der politischen Bewegung fern stehen, dieser zuführen, und da das Ziel des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins gleichbedeutend sei mit dem Ziel der politischen Bewegung, so habe die Organisation keine Veranlassung, diese Bewegung ruhen zu lassen. Als Kampfesorganisation führe sie den wirtschaftlichen wie den politischen Kampf gemeinsam und wirke aufklärend nach jeder Richtung. Den mäßigen Besuch der Versammlung führte Blaurock darauf zurück, daß sich viele Kollegen an der Agitationstour theilhaftig hätten, jedoch trage die größte Schuld die Loubeit der einzelnen Kollegen. Zur Zeit des Ausnahmegesetzes, so fuhr der Redner fort, war noch Zug in der Masse, da hat sich auch die Kampfesorganisation der Berliner Maurer so oft und so musterhaft bethätigt, während jetzt eine kolossale Gleichgültigkeit herrscht. Um nun diese zu verbannen, ist es jedes einzelnen Pflicht, etwas mehr Energie anzuwenden. Ferner wandte sich Blaurock tadelnd gegen das Verhalten einiger Verbandsmitglieder; u. a. hätten solche auf dem Bau Bachstraße 3 permanent Ueberstunden gearbeitet. Ueber den Maurermeister Mittag wurde berichtet, daß derselbe in seinem Vollgefühl als Ordnungsgewaltiger vier Mann, die ihn um eine Lohnverhöhung angingen, entlassen habe, den übrigen aber habe er gesagt, kümmert Euch nicht um die Agitatoren, denn dieserecken sich doch nur von Eurem Gelde die Taschen voll! Die Kollegen parirten auf Wort, sie sahen ruhig mit an, wie die Kollegen, die für alle eingetreten waren, entlassen wurden. Natürlich wurde dies Verhalten ganz gehörig gegeißelt. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß am Donnerstag Abend bei Brodnow, Sebastianstr. 39, eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfindet.

Frauen- und Mädchen-Bildungsverein des arbeitenden Volkes für Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 7. Juni er., Abends 8 1/2 Uhr, in den Armuthallen, Kommandantenstr. 29, Mitgliederversammlung. Vortrag: **Kandemannschaft der Schloßwieg-Holztrier** zu Berlin. Mittwoch, den 7. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, große Versammlung mit Frauen im Vereinslokal Kommandantenstr. 29, Kommandantenstr. 10-11. Tagesordnung: Abrechnung vom 1. Bezirkshilf. — Mittwoch, den 14. Juni er., Vortrag des Herrn Stäbe aus Hamburg über Hauptmann's „Die Arbeiter“.

Schwerfuss der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen vor ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 4. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Holz, Alts-Jacobstr. 78. Vortrag des Herrn Dr. Ehrlicher. Tages- und Abendstunden.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Wittenberg, Scherzahn, Gergau und Liebenwerda. Versammlung heute, Abends 8 1/2 Uhr, Neue Schmitzstr. 14.

Schülerverein „Kainum“. Gratz, 3 Uhr, Sitzung bei Seemann, Kaiser Franz-Strasse-104/2.

Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 7. Juni 1893, Monatsversammlung im Klubhaus, Rosenhofstr. 11-12. Tagesordnung: Mitteilungen der Führerschaft und Entgegennahme von Vorschlägen der Mitglieder über Tagesorden.

Berlin ehemaliger Stadtschlichter und Umgegend. Heute, Abend 8 1/2 Uhr, im Restaurant Walthers, Kaiserstr. 11. Besprechung der Landpartie am 11. Juni.

Vermischtes.

Der sächsische Landtags-Abgeordnete Selbke, Mitglied der konservativen Partei, ist am 31. Mai auf seinem Gute Lützenhof bei Gersdorf gestorben. Selbke gehörte zu den emragirtesten Gegnern unserer Partei.

Aus Hamburg wird berichtet: Als der Luftschiffer Behrens aus Berlin am Sonntag Abend von dem Vergnügungsort Mühlenkamp bei Hamburg aus mit dem neuen Niesen-Luftballon „Vorwärts“ eine Luftfahrt unternahm, löste sich der Ballon auf bisher noch unermittelte Weise von der Gondel. Der Luftschiffer, der den Ballon retten wollte, ergriff ein herabhängendes Tau, wurde aber mit ungeheurer Schnelligkeit von dem Ballon in die Höhe gerissen und verschwand bald den Blicken der Zuschauer. Nach einer hier vorliegenden Meldung wäre es Behrens schließlich gelungen, an der Ventilleine emporzuklimmen und das Ventil zu öffnen. Er sei dann zwischen Oldesloe und Segeberg wieder zur Erde gekommen und habe nur leichte Verletzungen erlitten.

Die Zinkweißfabrik „Antonienhütte“ ist, wie der „Voss. Zeitung“ aus Kattowitz gemeldet wird, vollständig niedergebrannt.

In der Bukowina haben Ueberschwemmungen der Flüsse Czernowiz, Suczawa, Sereth und Pruth, die durch einen 4 Tage lang andauernden Regen verurursacht wurden, bedeutenden Schaden angerichtet. Die Vorstadt von Czernowiz, Kaliczanka, ist überschwemmt und die untere Stadtteile schweben in erster Gefahr. Es sind außerdem zahlreiche Ortschaften überschwemmt, 6 Häuser fürstet ein, Brücken sind weggerissen und die Kommunikation ist vielfach unterbrochen.

Ein heftiger Wirbelwind hat in Crajowa (Rumänien) mehrere Häuser zerstört und auch sonst viel Schaden angerichtet. Im Dorf Raffert in Tirol, an der von Innsbruck nach Fernpach nach Bayern führenden Straße, brannten 40 Gebäude ab, darunter die Post.

Eine heitere Probe von Amtdeutsch geben die „Grenzboten“ unter der Rubrik „Schwarzes Brett“.

Nachdem die für den bisher grundbücherlich (!) noch nicht eingetragenen Grundbesitz der Stadtgemeinde Greiz an Straßen, Plätzen u. s. w., einschließlich des unter Parzelle Nr. 317 des die Flur Greiz inbegriffenen (!) Göltschfluhbettes nebst Brückenüberbau aufgestellten, seitens des hiesigen Gemeindevorstandes anerkannten Folien zur Einschreibung in das Grund- und Hypothekensbuch für die Stadt Greiz vorbereitet sind, wird folches mit dem Bemerkten hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß die Entwürfe bereiter (!) Folien für alle, die daran ein Interesse haben, an unterzeichneter Gerichtsstelle zur Einsicht bereit liegen, und werden hierbei zugleich alle, welche gegen den Inhalt dieser Entwürfe wegen ihnen an den darunter begriffenen Grundstücken etwa zutretender dinglicher oder aus Protestationen wider Veräußerung und Verpfändung und solche Akte ausschließenden Dispositionsbegrenzungen hergeleitender Rechte etwas einzumenden haben, aufgefordert, diese Einwendungen bis 22. August bei der Grund- und Hypothekenbehörde anzuzeigen, widrigenfalls dieselben solcher Einwendungen bergegalt verlustig gehen werden, daß denselben gegen dritte (!) Feiger und andere Realberechtigten, welche als solche in das Grund- und Hypothekensbuch eingetragen werden, keinerlei Wirkung beizumessen ist. — Die „Grenzboten“ stellen dazu die sehr berechtigte Anfrage an das Reichsgericht: Ist der Deutsche

gesetzlich verpflichtet, eine solche Schandfrage zu verstehen? Oder kann er sich im Falle eines Prozesses darauf berufen, daß er diese Bekanntmachung zwar gelesen, aber nicht verstanden habe?

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts“.

Malmö (Schweden), den 6. Juni. In Götting sind 304 Maurer und 400 Arbeitsleute von der Arbeit ausgeschlossen worden. Deutsche Arbeitskräfte sind dringend fern zu halten.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Wien, 6. Juni. Mehrere Angestellte der Schlafwagen-Kompagnie wurden heute auf dem Nordwest-Bahnhof wegen an dem Gepäck der Reisenden begangener Diebstähle verhaftet.

Lemberg, 6. Juni. Die einlaufenden Nachrichten über die Ueberschwemmungen lauten immer schrecklicher; ganze Dörfer sind vom Verkehr abgeschnitten und fortwährend stürzen Brücken ein. Es ist militärische Hilfe erbeten, weil bereits Menschen und Vieh ertrunken sind.

Savre, 6. Juni. In den hiesigen industriellen Kreisen macht sich eine große Unzufriedenheit bemerkbar, da die Bedeutung der Stadt als Hofenplatz entschieden in der Abnahme begriffen ist. Seit der Einführung der Schutzzölle verringern sich die Zolleinnahmen in besorgniserregender Weise. Pro Mai 1893 betragen dieselben 5 881 300 Franks gegen 9 500 000 Franks im Mai 1892.

Paris, 6. Juni. Ein Kassendirektor der Societe generale ist mit einer Viertelmillion Franks durchgegangen.

Briefkasten der Redaktion.

An Verschiedene. Den 8. Juni bin ich wieder in Berlin, dann werde ich nach Möglichkeit alles erledigen. Bis dahin bitte ich Geduld zu haben. Betreffs Versammlungen muß man sich an den Vorstand wenden.

H. A., Buchholzer Straße. Mit Ihrem freundlichen Anerbieten wenden Sie sich an das betreffende Wahlkomitee.

H. A., Putzbuscherstraße. Sie müssen den Wahltag abwarten; Sie werden dann sich überzeugen können, ob Ihre Reklamation berücksichtigt ist. Also gehen Sie nur in das betreffende Wahllokal zur Wahl.

H. A., 1000. Der ortsbliche Tageslohn in Berlin beträgt für erwachsene männliche Arbeiter 2,70 M., für erwachsene weibliche Arbeiter 1,50 M., für jugendliche männliche Arbeiter 1,30 M., für jugendliche weibliche Arbeiter 1, — M.

G. B., Solingen. Wir können uns nach keiner Richtung hin in die Angelegenheit einlassen.

C. A., Bromberg. Da wir Sie nicht kennen, wollen Sie uns erst mitteilen, woher Sie die Nachricht haben.

Wißbegieriger, Kremmenerstraße. Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

H. 12. Sie haben einen Anspruch auf Invalidenrente, wenn während der Dauer eines Beitragsjahres (47 Wochen) Beiträge entrichtet worden sind. Nach Ihrer Darstellung hätten diese Beiträge entrichtet werden müssen, falls Sie nicht ausdrücklich entlassen wurden. Vielleicht sprechen Sie gelegentlich (möglichst erst nach dem 15. Juni) zwischen 12 und 1 Uhr vor.

H. 100. Sie beziehen sich auf den Inhalt eines beantworteten früheren Briefes. Derselbe kann, da tausende vorliegen, ohne Angabe seines Datums nicht herausgefunden werden. Könnten Sie nicht eine nähere Bezeichnung geben oder Ihre gesammte Darstellung wiederholen?

H. 2. Versuchen Sie Beschwerde; leider hat sie wenig Aussicht auf Erfolg.

H. 5. In dem von Ihnen geschilderten Hergang würde wohl eine Kündigung zu erblicken sein, so daß nur für die Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist Entschädigung zu begehren wäre.

H. 100. Sie sind zur Zahlung der in dem Prozeß Ihrer Frau erwachsenen Kosten verbunden. Indes müßte dieserhalb zunächst gegen Sie geklagt werden. Wenn der Gerichtsvollzieher auf Grund des gegen Ihre Frau ergangenen Schuldtitels Ihre Sachen gepfändet hat, so müssen Sie intervenieren.

Otto Sagan. Reklamieren Sie gegen die Einschätzung.

H. W. Schwedterstr. 1. Das Mädchen kann nichts verlangen; erst nach mindestens fünf Beitragsjahren können weibliche Personen, welche eine Ehe eingehen, die Hälfte ihrer Beiträge verlangen; also zur Zeit Niemand. 2. Die Steuererhebung entspricht leider dem Gesetz.

G. B. Die Zeichen auf dem Loosungsschein sind unverständlich; sie deuten den Grund der zeitweisen oder gänzlichen Untauglichkeit an.

Schr. 29. Sie erscheinen nicht gewerbesteuerpflichtig, wenn Sie in sehr geringem Umfange nur gelegentlich solche Reparaturen vornehmen.

H. 85. Der Streit gehört vor das Amtsgericht, sein Ausfall hängt von dem Gutachten eines Sachverständigen ab, Einigung deshalb ratsam.

H. Rothert, Rein. Die Ehe ist verboten zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, zwischen voll- und halbblütigen Geschwistern, zwischen Stiefeltern und Stiefkindern, Schwiegereltern und Schwiegerkindern (und zwar ohne Unterschied, ob das Verwandtschafts- oder Schwägerchaftsverhältnis auf ehelicher oder außerehelicher Geburt beruht und ob die Ehe noch besteht oder nicht, welche das Verhältnis begründet), zwischen Adoptiveltern und Adoptivkindern und zwischen Ehebrechern. Dispens ist nur im letzten Fall zulässig.

G. 45. Die gesammten Mitglieder müssen klagen, bezüglich zunächst einen Zahlungsbefehl beantragen.

Mittenwalde. Gerichtstermine können auf den 15. Juni gelegt werden. Im übrigen beachten Sie die im „Vorwärts“ veröffentlichten Agitationswinke und wenden Sie sich an das Wahlkomitee Ihres Kreises.

H. 2, 100. Leider giebt das Gesetz dem Aufseher kein Recht, eine bestimmte Zeit Urlaub zu bewilligen, wenn eine andere Stellung nach stattgehabter Kündigung zu verlangen.

Briefkasten der Expedition.

In unserer Expedition gingen zum Wahlfonds ferner folgende Beträge ein:

Von zielbewußten Studateuren der R. Schinner'schen Werkstatt 10,50 und von ihrem Vudifer M. aus der Fasanstraße 1,50. Großmann, Schultheiß' Stammtisch 3,70. Gesammelt von den Metallwarenfabrik-Arbeitern bei Solems 3,80. H. O. Unfall erlitten seit 5 Jahren 3,—. Von H. Jaroschek durch J. Neumann 3,—. Von einigen Zimmerern des Westens 3. Rate durch H. R. 12,—. O. 3. 5,50. Die blauen Schafstöcke 6. Ziel 2,70. Geselliger Verein Bräderlichkeit 4,—. M. P. Billig 0,40. Gef. von mehreren Zielbewußten in Nieder-Schönhausen (Elythum) Wittwe Schulz 4,50. Rechtsanwält B. 300,—. Personal H. S. Germon 5. Rate 35,25. Ein fideles Abend 12,—. Von einer Mäntelnäherin 0,50. Siegel 2,—. Kraft- und Künstlerklub Eiche 10,—. Lithogr. Atelier G. Reineke 4,—. Von 4 Rotheln aus der Rostockerstraße 2,—. Mehrere Raser Spandau 6,50. Ueberschuß einer Versammlung in Seddin, Kreis Belgig, durch Heinrich, Potsdam, 1,85. Rother Buchholz 5,40. Durch Hascher, Glas-schleifer, 2. Rate 4,—. Bildhauer-Atelier in Wilmersdorf 5,—. Summa 443,10 M. Bereits quittirt 6284,75 M.; in Summa 6727,85 M.

G. Schr., Solingen. Wahlstatistik ist vergriffen. Wird nach der Wahl neu aufgelegt.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Für den Wahlkampf.
Die Thätigkeit des
Preis 20 Pfg.
Deutschen Reichstags
von
1890-1893.

Mit einem Anhang, enthaltend: Die wichtigsten Beschlüsse der Wahlprüfungs-Kommission, die für die Agitation und die Wahlen wesentlichen Bestimmungen des Strafgesetzes und des Wahlgesetzes für den Reichstag nebst Reglement.

In Partien und für Wiederverkäufer Rabatt.

Taschenformat,
176 Seiten
elegant geheftet.

Der Kuhhandel.

Zur Wahl 1893. Preis 10 Pf. 32 Seiten illustriert. Zu beziehen durch alle Speditoren u. Kolporteurs, sowie vom Verlag: H. Baake, City-Passage. [42681]

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen Küchenmöbel in grosser! in Mahagoni u. Nussbaum. Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [37491]

D. Wurzel, Lieferant des Konsumvereins „Süd-Ost“, Kleiderstoffe, Mousseline und Batiste in großer Auswahl.
Wrangel-Strasse 16. [40981]

Brauerei Wedding.

48 Reinickendorferstr. 48 empfiehlt feinstes Werdersch. Weiß- und Malzbiere in Flaschen und Gebinden: 1/16 T. à 1 Mk., 1/8 T. à 2 Mk. [43252] Bestellungen frei ins Haus.

Nordhäuser Würze (3 zu 100) liefert à Liter 0,65 Mk. 301b

Otto Schulz, Lädenstr. 16, pt. Freundl. Schlafstelle mit und ohne Bett für Mädchen. Wienerstr. 33, vorn 4 Tr. b. Zierenberg. [2945]

Nach Amerika

Australien, Afrika und überhaupt nach allen Hafenplätzen der Welt und zur Chicagoer Weltausstellung verkauft für Reisende billige Fahrkarten und ertheilt jede gewünschte Auskunft gratis und franko das Reisebureau von [43161]

Theodor Reiner, Berlin, Platz am Neuen Thor 3.

Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig, in der Fabrik **Grüner Weg 80** part. Eingang vom Flur. 4332L

Flügel ist billig zu verkaufen bei Scheffkopf, Ruppinerstr. 43. [2915]



Der Schutengel!!

macht es den Kindern unmöglich, das Fenster zu öffnen und verhindert ablut des Hinanfallens der Kinder aus offenkundigen Fenstern. [568] Nach außerhalb gegen Einf. v. M. 3,50 resp. 4,50 franko bei **L. Littauer, Berlin NO., Landsbergerstr. 25/26.**

Kinderwagen

Größtes Lager im Norden Berlins. Theilzahlung gestattet. **A. W. Schulz, Brunnenstraße 145,** Ecke Albenbergerstraße. Musterbücher gratis und franko.

Achtung! Kein Laden.

Kontroll-Schutzmarke. Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 3561 L. **H. F. Dinslage,** Rottbuscherstr. 4, Hof part.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Rottbuschplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8-8. Sonnt. 9-1. Theilzahlung gestattet.

Rechtsbureau

des Königl. Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 8991*

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Dv**

Achtung!

Unterzeichnete fordern alle Genossen auf, so schnell als möglich die in ihren Händen befindlichen Wahlfonds-Listen an den betreffenden Stellen abzurechnen. **Die Vertrauenspersonen.** Fr. Zabell. W. Erbe. 349/15

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 3906L* am hiesigen Plage wie bekannt **grösste Auswahl!** Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt, Oranienburgerstr. 2.**

66. Resterhandlung. 66.

Billeg Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L] Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

Jähne schmerzl. einf. sehr fest sitz. Garantie, 1,50. Abzahl. Woche 1 M. Dresdenstr. 105. 4203L*

Schlafsofa sehr billig Müller, Lädenstr. 22, 3 Tr. 2622R

Tücht. Verfilberer verl. Neumann, Gennig u. Co., Reichenbergerstr. 47.

Tüchtige Gürtler

auf Chirurg. Instrumente, nur beste Arbeiter, finden dauernde u. lohnende Beschäftigung. [2906] **Löwenstein, Gr. Hamburgerstr. 3.**

Lehrling zur Lackerei verlangt. Alte Jakobstr. 50. [2995]

Junger Hausdiener, welcher Bier abziehen u. Gäste bedienen kann, wird verlangt. **Georgi, Pantstr. 22.** [43402]

Rüschnergejellen verlangt [43338] **G. L. Neumann, Alexanderstr. 12.**

Wachstellen sucht Frau Gensch, Reichenbergerstr. 141, Hof, Keller.

Tüchtiger Gefangener gef. Meld. bei W. Kappel, Turmstr. 82. [2926]